

Newsletter Rundbrief



zur EU-Erweiterung

Unkostenbeitrag
1,50 Euro

Inhalt

Hannes Hofbauer (freier Autor, Wien):

Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung

Hannes Hofbauer zeigt, wie die Beitrittsstaaten im Rahmen der EU-Osterweiterung zur verlängerten Werkbank Westeuropas wurden und soziale Deregulierung immer mehr um sich greift.

Seite 2

Matthias Benyk (Präsident von attac Ungarn, Budapest)

Die EU-Erweiterung und Ungarn

Matthias Benyk, Präsident von Attac Ungarn, zieht für sein Land eine sehr gemischte Bilanz aus der EU-Erweiterung. Er fordert auf zum gemeinsamen Kampf für die Europäische Sozialcharter und zur Opposition gegen den derzeitigen Entwurf der EU-Verfassung.

Seite 6

Stanislaw Raczka (zuständig für den Kontakt nach Deutschland bei Attac Polen, Danzig)

Attac und die EU-Erweiterung aus polnischer Sicht

Stanislaw Raczka plädiert dafür, das Problem der Globalisierung nicht zu exotisieren als ein Merkmal der armen, rückständigen aber warmen exotischen Gegenden, wo die Palmen wachsen. Es sei nicht zu verstehen, warum im Westen so wenig von der Globalisierung in Osteuropa die Rede ist.

Seite 7

Gisela Neunhöffer (Wissenschaftszentrum Berlin)

Die liberale Konterrevolution – neoliberale Think Tanks in Polen

Gisela Neunhöffer beschreibt die Infrastruktur, die die Neoliberalen zur Verbreitung ihrer Ideologie in Polen nutzen.

Seite 9

Junge Welt Redaktion

Mit Hungerrevolten zur EU-Osterweiterung

Kurz vor dem Beitrittstermin kam es nach drastischen Sozialkürzungen in der Slowakei zu einer Hungerrevolte der Roma, die mit dem größten Polizeiaufgebot seit 1989 und Militär niedergeschlagen wurde.

Seite 15

Christoph Thanei
(Korrespondent der Prager Zeitung in Bratislawa)

Slowakei: Die jungen Wilden

Christoph Thanei geht der Frage nach, wer die Macher hinter der neoliberalen Kahlschlagspolitik in der Slowakei sind. Geld kommt auch von der Konrad Adenauer Stiftung.

Seite 16

Johanna Theunissen (Pressesprecherin von NABU)

NABU und BirdLife warnen vor Rückgang biologischer Vielfalt

Die beiden Verbände warnen vor den dramatischen Folgen für die Umwelt, sollte die Agrarpolitik der EU in ihrer jetzigen Form auf die Beitrittsstaaten ausgedehnt werden.

Seite 17

IG-BAU

EU-Osterweiterung: Agrargewerkschaften wollen gemeinsam besseres Europa

Anlässlich eines Treffens von Gewerkschaftern aus mehreren europäischen Ländern am Rande der Grünen Woche warnte die IG BAU vor dem Ausverkauf des sozialen Europa.

Seite 18

Thorben Albrecht (Referat für europäische Gewerkschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB)

Was steht an in Europa

Thorben Albrecht berichtet, was auf europäischer Ebene aus Sicht des DGB ansteht.

Seite 19

EU-AG Kontrovers

Soll sich Attac der Kampagne für ein Referendum über die EU-Verfassung anschließen?

Anette Groth, Christoph Strawe:

Pro Referendumskampagne: Nein zu einem Europa ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger

Stephan Lindner, Klaus Schilder:

Contra Referendumskampagne: Warum es schädlich ist, die Forderung nach einem Referendum mit der Diskussion über die EU-Verfassung zu vermischen

Seite 21

Kontakt und weitere Informationen:
www.attac.de/eu-ag
mail: eu-ag@attac.de

Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung

Von Hannes Hofbauer

Hannes Hofbauer ist freier Autor und lebt in Wien.

Dieser Beitrag ist die gekürzte und leicht veränderte Fassung von Hannes Hofbauer, Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration, erschienen in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Bd. 5, Leipzig 2003, S. 69-87

Der Gleichklang ist erstaunlich. Von der CDU bis zu den Grünen, von den Sozialdemokraten bis hinein in die PDS reicht ein gesellschaftlicher Konsens, demzufolge man der Erweiterung der Europäischen Union nicht ablehnend gegenüberstehen darf. Kaum ein anderes Thema ist mit einem dermaßen breit angelegten Tabu belegt; die EU-Erweiterung gilt scheinbar widerspruchsfrei als politisch korrekt.

Keine einzige im deutschen oder österreichischen Parlament vertretene Partei tritt gegen den EU-Erweiterungsprozess auf. Folgerichtig findet keine parlamentarische Debatte über den wirtschaftlich und geopolitisch wichtigsten Schritt Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Diese gespenstische Harmonie zeigt den Stellenwert des Pluralismus in den zu Kapitaldemokratien verkommenen westlichen Legislativen und macht deutlich, wie weit sich selbige von den Volksmeinungen entfernt haben. Denn mit 100%igen Mehrheiten steht kein Land hinter der Brüsseler Expansionspolitik.

Argumentativ begleitet wird die EU-Erweiterung in den herrschenden Medien mit purer Ideologie: die Aufnahme von acht osteuropäischen (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) und zwei weiteren Ländern (Malta, Griechisch-Zypern) sei ein Hilfsprojekt. Geholfen werde, so der Tenor, den armen Brüdern und Schwestern, die 40 Jahre innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an Mängel aller Art gelitten und sich nun 15 Jahre lang bemüht hätten, die Regeln von Kapitalwirtschaft und Kapitaldemokratie einzuüben.

Gleichzeitig zum Hilfsargument lassen sich Medienberichte und Politiker mit der Zusicherung vernehmen, die EU-Osterweiterung sei für krisengeschüttelte westliche Unternehmen notwendig, um im Ostgeschäft bzw. im Ostinvestment jene Verluste zu kompensieren, die in den Kernländern konjunkturbedingt anfallen. Bauwirtschaft, Banken, Pkw-Hersteller ... bräuchten dringend neue Märkte. Dieses Argument kommt der Wirklichkeit nahe, steht jedoch im Widerspruch zur großartigen Hilfsleistung, die mittels Erweiterung den europäischen Geschwistern jenseits der Oder gebracht werden soll. Denn die Erhöhung der Gewinnsaussichten für Westkonzerne im Osten basiert nun einmal auf der verstärkten Ausbeutung dortiger Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Lohndifferenz, auf die noch zu sprechen kommen wird, garantiert den Gewinntransfer.

Eine fundamentale Kritik am Erweiterungsvorhaben tut Not. Im folgenden wird versucht, eine solche auf Basis von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren zu formulieren.

Die Triebkraft der Erweiterung

Die Triebkraft der Erweiterung geht von der Produktivität anlagensuchender Unternehmen in Westeuropa, insbesondere in Deutschland aus. Rationalisierungen und Marktberichtigungen haben in den vergangenen Jahrzehnten die Kapazitäten der großen Konzerne zu einem Akkumulationsdruck erhöht, der Verwertung nun durch Expansion sucht.

Dieses für kapitalistische Makroökonomie rhythmisch wiederkehrende Szenario ist eigentlich eine analytische Binsenweisheit. Bei der - ohnehin mäßig stattfindenden - Debatte um die EU-Osterweiterung ist sie jedoch aus dem Blickfeld geraten. Nicht Entwicklungshilfe, karitativer Gestus oder der Zusammenhalt einer christlich-abendländischen Gemeinschaft sind es also, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union nach Osten zu erweitern, sondern die Überproduktion der so genannten „global player“ in Westeuropa. Diese dem Kapitalismus eigene Krisenerscheinung, nämlich Überproduziertes verwerten zu müssen, zwingt zur Expansion. Die EU-Osterweiterung bedeutet in diesem Zusammenhang die Schaffung neuer Markträume. Das Regelwerk hierfür bildet der „gemeinschaftliche Besitzstand“, in EU-deutsch „acquis communautaire“ genannt.

Zum erweiterten Absatzmarkt kommt ein vergrößerter Arbeitsmarkt hinzu. Millionen von billigen Produzenten könnten dazu beitragen, dass in Folge der Öffnung des Arbeitsmarktes heute noch ungeahnte Deregulierungen auch im Westen gewerkschaftlich erkämpfte Rechte minimieren bzw. zunichte machen. Der EU-Osterweiterung, die als Meisterstück des expansivsten Teils des deutschen Kapitals gesehen werden kann, stehen Arbeitervertreter bislang hilflos gegenüber. Jeder Hinweis auf gewerkschaftliche Rechte im nationalen Rahmen wird mit der neoliberalen Keule der vermeintlichen Ausländerfeindlichkeit erschlagen. Als ob der Import von Wanderarbeitern und massenhaften (saisonalen) Arbeitsimmigranten menschenfreundlich wäre und nicht sozialer Auswuchs ökonomischer Ungleichzeitigkeiten, mit Hilfe derer große Unternehmen auf Basis extrem unterschiedlicher Lohnniveaus Extraprofiten erzielen.

Die Voraussetzung der Osterweiterung

Der Zusammenbruch des politischen Ostens mit der Sowjetunion an der Spitze war notwendige Voraussetzung für den neuen Drang nach Osten, der deutsche, französische, holländische, italienische u.a. Konzerne erfasst hat. Zwei wesentliche wirtschaftspolitische Ereignisse symbolisieren das Ende der kommunistischen Alternative: der Fall des Außenhandelsmonopols in der Sowjetunion am 1. Juli 1988 und die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) am 28. Juni 1991. Mit dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols war der „sozialistische Wettbewerb“ eröffnet. Betriebswirtschaftliche Rechnungsführung auf Devisenbasis erlaubte es manchem exportorientierten Unternehmen - freilich auf Basis von der Volkswirtschaft billig zur Verfügung gestellter Vorleistungen wie z.B. Energie - betriebswirtschaftliche Gewinne zu lukrieren und auch selbständig darüber zu verfügen. Am Ende der oftmals ineffizienten Planwirtschaft stand also die per Gesetz von Moskau angestachelte Flucht in die Privatisierung der Gewinne. Die Bereicherung kommunistischer Kader - Betriebsdirektoren, regionale Verwalter - am ehemaligen Volkseigentum war die logische, ja gewünschte Folge der Aufgabe des Außenhandelsmonopols. Ihre Benennung als Mafia trägt dem strukturellen

Charakter der Kapitalisierung staatswirtschaftlicher Betriebe keinesfalls Rechnung.

Die Auflösung des RGW im Juni 1991 wiederum eröffnete den nationalen Wettlauf der neuen Eliten Osteuropas um Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft. Im späteren Aufnahmeamt spiegelt sich die Philosophie des „jeder gegen jeden“ wider. Schon zuvor waren in Weltwirtschaftsinstituten in Prag und Budapest mit Vaclav Klaus, Andras Inotai u.a. neoliberale Kader ausgebildet worden, die Ideologie und teilweise auch Umsetzung der neuen, auf das ökonomisch-kapitalistische Primat setzenden Orientierung bereitstellten.

Nach dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols und der Auflösung des RGW war die ökonomische Rationalität der stärksten Westkonzerne im Osten mit einem Schlag politisch durchgesetzt. Die kulturelle Akzeptanz dieses Endes des politischen Primats, wie es jahrzehntlang von immer maroder werdenden kommunistischen Parteien betrieben worden war, lässt teilweise noch auf sich warten. Völlig entzweite Gesellschaften, die sich nach Generationen und im Stadt-Land-Sinne trennen, sind die Folge.

Die Zurichtung zur peripheren Integration

Die sozio-ökonomische Zurichtung der osteuropäischen Staaten für ihre periphere Integration in die Europäische Union ist hingegen im großen und ganzen abgeschlossen. Dieser Prozess hat – bis zur endgültigen Aufnahme der ersten Kandidaten – 15 Jahre gedauert. Der – im Vergleich mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg – relativ lange Zeitraum war offensichtlich notwendig, um den Eigentumswechsel in den ehemaligen zentral gelenkten Wirtschaften zu vollenden. Und das war wiederum Voraussetzung dafür, dass sich nach der Aufnahme in die EU hauptsächlich westeuropäische Konzern(filialen) aus den Brüsseler Förderböden bedienen werden können.

In einer ersten Welle waren in Zeiten weicher lokaler Währungen und unter starkem Druck aus Brüssel (EG) und Washington (IWF) Privatisierungen als Notverkäufe im großen Stil über die Bühne gegangen. Zur währungsmäßigen Unterbewertung kam noch das totale Überangebot hinzu, das zwangsläufig entstehen muss, wenn zehn und mehr Staaten ihre Kernbetriebe gleichzeitig auf den Markt werfen. Korruption und Bestechung senkten dann oft nochmals den Preis, der budgetrelevant von den einzelnen Volkswirtschaften eingenommen werden konnte. Die Medien haben aus diesem ebenfalls strukturellen Tatbestand, dass nämlich bei raschem Abstoßen riesiger Betriebe persönliche Bereicherungen an der Tagesordnung sind, ihren Test in bürgerlicher Berichterstattung bestanden: die Individualisierung kollektiver Prozesse gelang in den Ostmedien perfekt. Individuelle Schuldzuweisungen bei der Verschleuderung von Volkseigentum stand im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Wie der Eigentumswechsel konkret vor sich ging, mag am Beispiel der Banken kurz erläutert werden. Der Bankensektor ist allein schon deshalb überdurchschnittlich bedeutsam, weil über die Kontrolle der Kreditmärkte wirtschaftliche Vorhaben makroökonomisch – je nach Wunsch – gefördert oder verhindert werden können. Noch vor der Übernahme östlicher Banken und Sparkassen durch westliche Institute wurden die einzelnen Regierungen Osteuropas dazu angehalten, die so genannten „faulen Kredite“ ins Budget zu übernehmen. Als faule Kredite bezeichnet man jene offenen Forderungen der Banken, die sie gegenüber maroden Staatsbetrieben, die jahrelang von Staats wegen mittels Krediten über Wasser gehalten wurden, aufwiesen. Ihre Übernahme in die staatlichen Budgets garantierte erst, dass sich westliche Investoren für die nun schuldenfreien Ostbanken interessierten; freilich riss sie dabei auch tiefe

Löcher in die einzelnen Staatssäcke, die zu stopfen noch jahrelang eine rigide Sparpolitik nach sich ziehen wird.

In einem zweiten Schritt erwarben die westlichen Interessenten Minderheitenanteile an den in Aktiengesellschaften umgewandelten Instituten, meist eine Sperrminorität von 25%. Dann wurde ein paar Jahre lang der Fortgang des Unternehmens untersucht, das Filialnetz, die – meist – schlechte Kundenstruktur und das – meist – vielversprechende immobile Eigentum der Banken analysiert. Erst in einem dritten Schritt entschlossen sich dann die deutschen, belgischen, italienischen, französischen und österreichischen Bankhäuser zur vollständigen Übernahme. Im Jahr 2003 betrug der Anteil ausländischer Geldinstitute am Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsummen) in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien zwischen 70% und 80%, in Polen knapp 70%, in Ungarn 60%; nur Slowenien konnte – aus oben beschriebenen Gründen – mit 33% Auslandsabhängigkeit ausländische Interessenten (fürs erste) auf Distanz halten.

Die Profiteure der Übernahme sind u.a. die KBC aus Belgien (Mehrheitseigentümer von CSOB/Tschechien, Kredyt Bank/ Polen, K+H/ Ungarn, Nova Ljubljanska Banka/ Slowenien), die Bank Austria (BPH + PBK/ Polen; HVB-Bank/ Tschechien) und die Erste Bank (Ceska und Slovenska Sporitelna) aus Österreich sowie die Deutsche Bank, UniCredito aus Italien, die Societe generale aus Frankreich usw.

Der Zeitpunkt für die meisten Übernahmen Anfang der 1990er Jahre war hervorragend gewählt. Mit der Einführung des „Euro“ am 1.1.2002 mussten zig Tausende Menschen in Osteuropa Bankinstitute aufsuchen und dort Konten eröffnen, um ihre in der kommunistischen Epoche angehäuften Deutschen Mark, die jahrelang unter dem Kopfkissen gelagert waren, in die neue europäische Währung umzutauschen. So schnell wie in den ersten Wochen des Jahres 2002 kann sich üblicherweise kein Kundenstock bei einer Bank aufbauen.

Das Kapital fließt von Ost nach West

Typisch für die periphere Integration Osteuropas ist auch die – entgegen anders lautenden Meldungen – direkte finanzpolitische Aussaugung der jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhanges gelegenen Staaten. Der rumänische Entwicklungstheoretiker Silviu Brucan hat diesen Tatbestand bereits 1995 in einer Studie belegt, heute bestätigen dies auch Statistiken des „Wiener Instituts für internationale Entwicklungsvergleiche“, dem renommiertesten deutschsprachigen Institut für ostwirtschaftliche Forschung.

Gelder, die über Hilfsprogramme wie Phare, Ispa oder Sapard in den Osten fließen, werden systematisch überbewertet. Zum einen handelt es sich – verglichen mit Kreditzahlungen oder Außenhandelsdefiziten – um geringe Summen, zum anderen kommt ein Teil dieser Hilfgelder westeuropäischen Ausbildnern und Trainern zu gute. Diese oft aus Deutschland, Holland oder Skandinavien stammenden Sozialwissenschaftler oder Betriebswirtschaftler bilden auf Kosten Brüssels EU-kompatible Personal heran, das dann anschließend ins Management der großen Westkonzerne wechselt, um in den Beitrittsländern Tochterfirmen aufzubauen. Damit werden gleich mehrere Effekte erzielt. Zum einen übernimmt Brüssel indirekt Personalschulungen für VW, ABB, Deutsche Bank etc.; zum anderen wird mit Hilfe der Ostschulungen überschüssige westliche intellektuelle Kapazität im Osten gebunden und einer Aufgabe zugeführt, die den – für EU-Europa angenehmen – Nebeneffekt hat, dass ein mögliches kritisches Potential gleichzeitig positiv zur bürokratisierten Übernahme Osteuropas steht.

Dort, wo es wirklich um große Geldsummen geht, gehören Osteuropas Volkswirtschaften (mit Ausnahme Sloweniens) zu den Verlierern. Seit 1989/90 hat sich in

allen Ländern (außer Ungarn) die Handelsbilanz wesentlich verschlechtert. Konnte Polen im Jahr 1990 noch mit einem Überschuss von 2 Mrd. US-Dollar aufwarten, so war zehn Jahre später daraus ein Minus von 13 Mrd. US-Dollar geworden. Insgesamt zeigen die Aufnahmekandidaten mit einem Handelsbilanzdefizit von 23 Mrd. US-Dollar den starken westeuropäischen Wirtschaften ihre Schwäche. Das Argument, die ausländischen Direktinvestitionen würden dieses Defizit kompensieren, stimmt so nicht. Denn zum einen können zu versteuernde Gewinne durch innerbetriebliche Verlust- und Gewinnverschiebungen leicht vor dem Fiskus gerettet werden und zum anderen wird es keinen Konzern in der Welt geben, in dem nicht das Stammhaus Renditen einfährt. Und die Stammhäuser befinden sich alle in westeuropäischen Metropolen.

Besonders drastisch wird der für Osteuropa negative Kapitalfluss, wenn man sich die makroökonomischen Grunddaten vor Augen führt. Ausländische Direktinvestitionen flossen – kumuliert, wohl verstanden – bis Ende 2001 in der Höhe von 115 Mrd. US-Dollar in die zehn osteuropäischen EU-Beitrittsländer. Dem steht eine Auslandsschuld von 165 Mrd. US-Dollar gegenüber, deren Zinsbedienung die jährlich in die Länder fließenden Investitionen übersteigt. Osteuropa leidet, auch wenn dies in den herrschenden Medien meist verschwiegen wird, am Nettokapitalabfluss in Richtung Westen.

Verlängerte Werkbänke

Osteuropas Industriestruktur gleicht am Vorabend des EU-Beitritts – bis auf wenige Ausnahmen – verlängerten Werkbänken, die für den von westlichen Konzernen beherrschten Weltmarkt arbeiten. Das frühere Diktat des Transferrubels ist von einer marginalisierten und fremdbestimmten Position im System internationaler Arbeitsteilung abgelöst worden. Diesbezüglich ausgebaut werden arbeits- bzw. lohnintensive Wirtschaftszweige wie Textil und Bekleidung, die Möbelindustrie, Lederverarbeitung etc. Basis dieses seltsamen Booms bildet die billige Arbeitskraft. Mitte der 1990er Jahre, als sich diese Struktur verfestigte, kostete z.B. eine durchschnittliche ungarische Industriearbeitsstunde zehn Mal weniger als eine deutsche. Zum Zeitpunkt des Beitritts zur Brüsseler Union beträgt der durchschnittliche Bruttolohn in Ungarn, Tschechien und Polen zwischen 450.- und 500.- US-Dollar, in der Slowakei geht ein Arbeiter mit 350.- US-Dollar am Monatsende nach Hause, in Bulgarien und Rumänien muss sich sein Kollege mit 150.- US-Dollar pro Monat begnügen. In Slowenien – auch hier die Ausnahme – beträgt ein Monatsverdienst in der Industrie knapp 1000.- US-Dollar brutto.

Ein wesentlicher Hauptträger dieser Entwicklung ist – neben den traditionellen Billiglohnbranchen – die Automobilindustrie, und hier wiederum insbesondere der Volkswagen-Konzern. "Der Motor der Transformation ist der Verbrennungsmotor", umschrieb einst ein Forscher des "Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche" das Eindringen von PKW-Herstellern in die osteuropäischen Arbeitsmärkte. Neben VW-Audi haben Suzuki, Ford, Renault, Bosch und John Deere ihre Kapazitäten im Osten ausgebaut. Unter dem statistischem Kürzel "Maschinen- und Fahrzeugbau" firmieren 60% aller ungarischen Exporte (VW-Audi, Suzuki), 45% aller tschechischen (VW), 40% aller slowakischen (VW) und 34% aller polnischen (Ford). Eine extreme volkswirtschaftliche Verwundbarkeit liegt bei solch einseitiger Abhängigkeit, die nicht nur von einer Branche, sondern oft nur von einem Hersteller bestimmt wird, auf der Hand.

Ausverkauf von Grund und Boden

Bis zuletzt verhandlungstechnisch umkämpft war das Kapitel Agrarwirtschaft. Schließlich einigten sich Brüssel und die Beitrittsländer darauf, dass Osteuropas Bauern erst im Jahr 2013 dieselbe finanzielle Unterstützung erhalten werden wie ihre westeuropäischen Kollegen. Seit 1989 werden dann 24 Jahre vergangen sein, in denen ein Großteil der osteuropäischen Landwirte vom Import subventionierter Westwaren ruiniert sein werden.

Ein besonders heikles Kapitel beim Thema Landwirtschaft ist die Frage der Kommodifizierung von Grund und Boden. Im Kommunismus gab es keinen Markt dafür, jetzt werden die ergiebigsten Felder, Wiesen, Äcker, Forste und Weingärten von reichen Westfirmen übernommen, die dem Verbot des Verkaufs an fremde Staatsangehörige durch den einfachen Trick ausweichen, indem sie Kapitalgesellschaften vor Ort gründen, womit sie Inländern gleichgestellt sind. Die billigen Bodenpreise im Osten garantieren diesen Kapitalgesellschaften, die Fruchtsäfte, Milchprodukte oder ähnliches produzieren, quasi Vorkaufsrechte, weil sich heimische Bauern große Flächen nicht leisten können und Westbauern als natürliche Personen in den meisten Ländern noch einige Jahre vom Bodenkauf ausgeschlossen bleiben. Während in der EU Hektarpreise – je nach Lage – um die 10.000.- bis 14.000.- Euro betragen, ist in Ungarn der Hektar bestes Agrarland für 1.500.- Euro zu haben, in Polen kostet er 1.000.- Euro.

Die Folgen sind absehbar. In der antikommunistischen Hysterie restituierte Bauern werden über kurz oder lang zu Landarbeitern auf jenen Großgütern werden, die sie sich selbst nicht leisten können. Unilever und Nestle produzieren bereits heute unter solchen Bedingungen in Polen, Goldfrucht in Rumänien. Die meisten der acht Millionen polnischen Kleinbauern werden dem Kaufdruck aus dem Westen nicht standhalten können. Die agrarwirtschaftliche Kollektivierung hatten ihre Vorfahren in den 1950er Jahren noch abgewehrt, die Übernahme von Grund und Boden durch reichere deutsche Bauern und Unternehmen wird ein Großteil von ihnen nicht überleben. Das bedeutet, dass nochmals über 25% der polnischen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit oder Emigration bedroht ist. Damit droht Polen jene traditionelle Rolle der vergangenen 150 Jahre einzunehmen, als es Arbeitskraftlieferant für den Westen gewesen war.

Soziale Deregulierungen

Die auffälligste Differenz zwischen den EU-15 und den Beitrittskandidaten kann aus der Statistik des Bruttoinlandsproduktes, pro Kopf gemessen, herausgelesen werden. Obwohl diese keinerlei soziale Schichtung beinhaltet, ist ein allgemeiner Ländervergleich dennoch aussagekräftig. Kaufkraftbereinigt ergibt sich daraus, dass – bei einer Indexierung von EU=100) Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen unter 30 liegen, Polen bei der Indexziffer 39; nur Slowenien stellt wieder einmal die Ausnahme mit 70 dar.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit pendelt in Ländern wie Polen oder der Slowakei offiziell um die 20% Marke, wobei extreme regionale Unterschiede eine Auseinanderentwicklung in arme und reichere Regionen bewirken. Während z.B. im Raum Bratislava nur relativ wenige Menschen ohne Arbeit sind, leidet die Mittelslowakei mit ihrer abgewickelten Metall- und Rüstungsindustrie an Arbeitslosenzahlen von 50% bis 60%.

Abgewickelt wird auch das in kommunistischen Zeiten halbwegs funktionierende Gesundheitswesen. Privatisierungen der Vorsorgesysteme sowie die Schließung von Spitälern führen dazu, dass sich ein Teil der Menschen Gesundheit nicht mehr leisten kann. Statistisch kommt diese zivilisatorische Rückwärtsentwicklung im so genannten "Bettenindikator" zum Ausdruck. Zwischen 1990 und 2000 verloren

Ungarn, Tschechien und Rumänien durch Schließungen und Zusammenlegungen 18% der Spitalsbetten, Polen 14% und Bulgarien sogar 37%.

Vor solchen drastischen sozialen Verwerfungen hat Polens Ex-Außenminister Dariusz Rosati, der unter der sozialdemokratischen Regierung Cimoszewicz amtierte, die Möglichkeit des wirtschaftlichen (und in der Folge) sozialen Aufholens gegenüber dem Westen berechnet. Rosati konstatiert, dass bei einer (fiktiven) jährlichen Wachstumsrate der Volkswirtschaft von 5% im Osten und einer (ebenso fiktiven) jährlichen Wachstumsrate von 2-3% im Westen Polen 23 Jahre brauchen würde, um das statistische Mittel von Griechenland/Portugal/Spanien zu erreichen.

Das Regatta-Rennen

Als Hebel für die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die von Brüssel verwaltete Europäische Union dient der Acquis communautaire. Darunter versteht man 20.000 Rechtsakte auf 80.000 Seiten, die in 31 Kapitel (fein gegliedert von 1. "Freier Warenverkehr" bis 31. "Sonstiges") die vier kapitalistischen Freiheiten (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskraft) den politischen Administrationen und rechtlichen Institutionen in Osteuropa überstülpen. Seit 1998 wurde diesbezüglich mit der so genannten "Luxemburger Gruppe" (Ungarn, Tschechien, Polen, Estland, Slowenien, Griechisch-Zypern) gesprochen, ab 2000 dann auch mit der "Helsinki-Gruppe" (Slowakei, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien, etwas später auch Malta).

Verhandelt wurde – entgegen den medial ausgestreuten Beteuerungen – nicht. Es ging um die reine Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes; einzig um Fristverlängerungen bis zum Inkrafttreten des einen oder anderen Punktes konnte debattiert werden. Die Jahre des auch von den EU-Offiziellen als "Regatta-Rennen" um die Teilnahme am Brüsseler Großraum bezeichneten Vorganges waren von der Durchsicht der 20.000 Rechtsakte geprägt, auf EU-deutsch "screening" genannt.

Das Missverständnis von der Verhandelbarkeit der einzelnen Kapitel herrschte anfangs auch bei den Parlamentariern der EU-Länder. Um diese zu beruhigen, hieß es z.B. in einem französischen Parlamentsbericht 1998: "Es handelt sich (bei den Erweiterungsgesprächen, HH) nicht um traditionelle Verhandlungen, in denen ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen herbeigeführt wird, sondern um Beitrittsverhandlungen, in denen eine der Parteien (gemeint sind die Aufnahmekandidaten, HH) mit Hilfe und unter Überwachung der anderen Partei (gemeint ist die EU, HH) ein vorgegebenes Ziel erreicht." Genau so sah das auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, als er über den "Verhandlungs"prozess schrieb: "Nicht über das Prinzip der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verhandelt, sondern über die Fristen, in denen das Prinzip wirksam wird. Nicht über das Prinzip der Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern beim Erwerb von Grundstücken wird verhandelt, sondern über die Modalitäten und Fristen der Durchführung des Prinzips."

Grundlage der "Verhandlungen" waren die in den Kopenhagener Kriterien 1993 festgelegten Beitrittsbedingungen, die mit den Stichworten "Demokratie und Marktwirtschaft" umschrieben worden sind. Erst danach folgte der erste Antrag auf Mitgliedschaft von Ungarn (1993/94), der letzte dann von Slowenien (1996). Noch vor dem Beitritt neuer Mitglieder aus Osteuropa wurden auch die Maastricht-Kriterien mit der Herstellung eines wirtschaftlich-politischen Großraums (1992/93) sowie die Aufstellung einer gemeinsamen militärischen Interventionsarmee (1997) beschlossen.

Mit dem "screening" – der ständigen Überwachung des Transformationsprozesses – hatten EU-Kommission und EU-Rat ein Druckmittel auf die politischen Verhältnisse in

den einzelnen Ländern zur Hand, das auch weidlich benutzt wurde. Nicht willfährigen Regierungen oder Beamten wurde gedroht, das EU-Aufnahmeritual zu unterbrechen oder überhaupt abzubreaken. Auch direkte Einmischungen in nationale demokratische Vorgänge waren an der Tagesordnung. So kam es immer wieder vor, dass vor Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen vom EU-Kommissionspräsidenten über den Erweiterungskommissar abwärts Parteien als unwählbar bezeichnet wurden. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang von Brüssel vor der HZDS in der Slowakei, vor der KP Böhmens und Mährens in Tschechien, vor der Samoobrona in Polen, vor der Romania Mare in Rumänien, vor der Kleinen Landwirtpartei in Ungarn. Es war also beileibe nicht so, dass es keine Protesthaltungen gegen das wirtschaftliche und politische Diktat aus Brüssel gegeben hätte, in allen Ländern kamen immer wieder entsprechende linke oder rechte Kräfte gefährlich nahe an politisch bedeutsame Positionen heran oder hielten solche auch inne. Brüssels Kommissare verstanden es, ihrem Namen Ehre machend, mit Einschüchterungen, Mahnungen und Drohungen Volksmeinungen von außen zu beeinflussen; eine Taktik, die sich jeder dieser Kommissare in seinem eigenen Land strikt verboten hätte.

Nach vier Jahren Druck und Drohgebährden erging dann am Freitag, den 13. Dezember 2002 in Kopenhagen die Einladung an acht osteuropäische Länder sowie Griechisch-Zypern und Malta, der Europäischen Union beizutreten. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens wurde wegen marktwirtschaftlicher und rechtspolitischer "Unreife" auf das Jahr 2007 verschoben.

Die Förderungsstruktur

Der Hauptgrund für den Beitrittswunsch der einzelnen osteuropäischen Länder, zumindest was die Vermittelbarkeit den Völkern gegenüber betrifft, lag in der Hoffnung begründet, nach dem Beitritt aus den Fördertöpfen der EU unter einem Geldregen zu stehen. Dem wird so nicht sein. Der allergrößte Topf der Brüsseler Union, die Agrarförderungen, die fast 50% des Budgets ausmachen, soll – wie bereits beschrieben – Ostbauern erst 2013 in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Bis dahin wird es erstens nur mehr wenige Ostbauern geben und zweitens der Topfinhalt nach einem neuen Budgetentwurf (anschließend an die 2006 auslaufende "Agenda 2000") geleert werden. Regional- und sonstige Förderungen werden – nach vollbrachtem Eigentumswechsel – hauptsächlich großen westlichen Firmen zugute kommen. Bleiben die allgemeinen Zuschüsse in verschiedenen Infrastrukturbereichen, auf die man sich im Dezember 2002 in Kopenhagen geeinigt hat. Ein Vergleich mit den Kosten der Integration der DDR in die BRD zeigt, wie billig ganz Osteuropa für Brüssel zu haben war. Bund, Länder und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland haben in den Jahren 1991 bis 1995 ca. 450 Mrd. Euro für die Entwicklung und Vereinanahmung der fünf neuen Länder aufgebracht. Das ergibt bei einer – allerdings kontinuierlich geringer werdenden – Bevölkerungsanzahl von 16 Mio. Ostdeutschen 5.625.- Euro pro Ossi, die aus westdeutschen Budgets in Richtung Osten geflossen sind. Brüssel hat demgegenüber den Beitrittskandidaten ganze 40 Mrd. Euro an Hilfsmittel zugesagt. Bei einer Bevölkerungsanzahl von 72 Millionen dividiert sich dieser Betrag zu mageren 177.- Euro pro Person. Fazit: ein Ossi war Bonn bzw. Berlin 32 Mal wertvoller als es ein Osteuropäer für Brüssel ist. Vor diesen Zahlen kann man nicht umhin, der EU-Osterweiterung eine neo-koloniale Schlagseite vorzuwerfen.

Von Hannes Hofbauer ist das Buch "Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration" im Wiener Promedia Verlag erschienen. 240 Seiten, 17,90 Euro

Die EU-Erweiterung und Ungarn

Von Matthias Benyik

Matthias Benyik ist Präsident von ATTAC Ungarn

Direkt nach dem Systemwechsel (Ende der 80er Jahre) und während der 90er Jahre waren die Ungarn die begeistertste Nation Zentralosteuropas in Bezug auf die EU-Osterweiterung; eine stabile Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung unterstützte die Idee des EU-Beitritts. Die Gründe dieser positiven Haltung stammten aus der historischen Unternehmung Ungarns, dem Westen anzugehören. Ein anderer Faktor war die erfolgreiche Rhetorik der pro-westlichen Wirtschaftseliten, die am meisten von der bisherigen Integration profitiert haben, und sich als sehr effizient darin erwiesen, die öffentlichen Debatten und die Meinung des Volkes zu internationalen Wirtschaftsthemen zu beeinflussen.

Nur wenige Tage bevor Ungarn Vollmitglied der EU wird, gibt es gemischte Gefühle in der Bevölkerung, weil große Erwartungen und ernste Befürchtungen in ganz Ungarn vorherrschen. Das kürzlich eingeführte Wirtschaftsausteritätspaket (das sogenannte Draskovics-Paket), die neuerdings gestiegene Inflationsrate, die hohe Arbeitslosigkeit, die große Zahl verarmter Personen geben nicht viel Anlaß zu Optimismus. Die gegenwärtig regierende sozialliberale Regierung ist voller Freude, Außenminister Laszlo Kovacs zufolge gibt es keine Nachteile des EU-Beitritts. Das größte Problem, dem die Ungarn jetzt gegenüberstehen, ist die wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, der Rückschritt im Lebensstandard. Die Landwirtschaft ist in schlechter Verfassung und wird ein wichtigeres Problem nach dem 1. Mai werden. Wenn die Entwicklung der Agrarsektoren der Regionen – neben Transport-, Kommunikations- und Informationsinfrastruktur – nicht mit besonderer Sorge gehandhabt wird, besteht das Risiko wachsender Enttäuschung und einer negativeren Einstellung gegenüber der Idee europäischer Integration.

ATTAC Ungarn vertritt keinen einheitlichen Standpunkt zur EU-Erweiterung. Einige von uns sind der Meinung, daß die Kernfrage nicht darin bestand, der EU beizutreten oder nicht, weil es das Fortschreiten des Kapitalismus (der Profitlogik), seine gegenwärtige Form (transnationale Globalisierung), die entscheidenden Faktoren seien und von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus Ungarn schon in dieses neue System intergriert worden sei; es war in hervorragender Schüler im Umsetzen der neoliberalen Agenda, führte Ziele des Washingtoner Konsenses sehr erfolgreich nach den ständigen Diktaten des IWF/der Weltbank aus, wodurch Ungarn zu einem Experimentierfeld wurde, wie ein soziales Sicherungssystem zerstört werden kann.

Die Privatisierung früherer Staatsunternehmen begann in den 80er Jahren und ist zur Jahrtausendwende mit Gewinnen von 10 Milliarden US-Dollar praktisch abgeschlossen. Mehr als 80 Prozent der Wirtschaft ist nun in Privatbesitz, die multinationalen Firmen sind in fast allen Sektoren präsent, nur wenige Investitionsmöglichkeiten blieben übrig, bei den öffentlichen Diensten nimmt der Staatsbesitz unabhängig von den WTO/GATS-Verhandlungen ab.

Als Ergebnis der Systemtransformation verschwanden 1,5 Millionen Arbeitsplätze, heute hat nur die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung eine Arbeit. Von 10 Millionen Einwohnern sind drei Millionen im Ruhestand. Einer aktuellen Studie des Soziologen und Akademikers Zsuzsa Ferge zufolge ist ein Fünftel (also zwei Millionen) der ungarischen Bevölkerung arm und mehr als eine Million leben von 3400HFU (ca. 15 Euro) pro Kopf nach Abzug der monatlichen Kosten für Gas, Wasser und Strom. Selbst die verbleibende eine Million Arme muß von 13000 HFU (ca. 54 Euro pro Kopf) leben. Die Situation der Armen verschlechtert sich, die Armut nimmt trotz der Tatsache zu, daß die gegenwärtige Regierung – nachdem sie 2002 an die Macht kam – einige Korrekturmaßnahmen unternommen hatte, um die negativen Tendenzen zu stoppen.

Der Hauptgrund der Armut in Ungarn ist zum Teil die hohe Arbeitslosigkeit (offiziell unter sechs Prozent, tatsächlich weit über 20 Prozent) und das sehr niedrige Lohnniveau. Ein anderer Faktor ist das niedrige Niveau finanzieller Unterstützung. Die Verarmung wurde durch einen rapiden Preisanstieg (Inflation) verursacht, während die Löhne/Gehälter hinter Produktivitätsentwicklung hinterherhinkten. Während zwischen 1990 und 2002 die Verbraucherpreise ums Siebenfache stiegen, sind die Energiepreise heute 15mal höher.

Auf der Basis aller Fakten glaube ich, daß die EU-Erweiterung auf der einen Seite dem Kapital bessere Entfaltungsmöglichkeiten und auf der anderen Seite mehr Raum zum Manövrieren und Spielraum für soziale Solidarität bieten wird. Selbstverständlich wird der erweiterte gemeinsame Markt den hochentwickelten Ländern Europas Vorteile bringen und könnte neue Investitionsmöglichkeiten schaffen. Für die neuen Beitrittsländer Zentralosteuropas bedeutet die Vollmitgliedschaft die einzigartige Chance, die Entwicklung zu beschleunigen, ihre Wirtschaften anzupassen und zu modernisieren und so den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Aber der politische Wille und die etablierte Wirtschaftspolitik müssen Hand in Hand arbeiten, um diese großartigen Ziele zu verwirklichen. Kurzfristig wird es keine Verbesserungen der Lebensqualität der Mehrheit geben; nationalistische, chauvinistische und rassistische Ideen könnten auch in unserer Region an Boden gewinnen und Xenophobie und Ausschlußtendenzen könnten aufkommen.

Der gemeinsame Kampf für die Umsetzung der EU-Sozialcharta, die Opposition zum Entwurf der Verfassung könnten ein gutes Beispiel für die Solidarität einer paneuropäischen Arbeiterbewegung sein. In diesem Unterfangen könnten die Sozialforumsbewegungen einschließlich ATTAC (auf globaler, regionaler und lokaler Ebene) eine wichtige Rolle spielen.

Budapest, 7. April 2004

Attac und die EU-Osterweiterung aus polnischer Sicht

Von Stanislaw Raczka

In Berlin traf sich vor kurzem eine Delegation von Attac Polska mit Vertretern von Attac Deutschland. An diesem Treffen nahm auch ein Vertreter von Attac Österreich teil. Man kann also sagen, dass es ein Treffen von Attac International war. Wenn dem so ist, so war das ein sehr wichtiges Ereignis. Man konnte den Eindruck haben, dass hier gerade der langsame Prozess einer Europäischen Vereinigung von unten anfang. Wir unterstreichen dieses Wort, weil es etwas beschreibt, worüber wir uns nur freuen können angesichts des Fiaskos der Vereinigung Europas von oben. Denn dass die Versuche, ein wirklich vereintes, gerechtes und solidarisches Europa zu schaffen, von dem die gegen den Kommunismus kämpfenden Polen geträumt hatten, in einem Fiasko endeten, das Herren wie Schröder, Chirac oder der postkommunistische Megaloman Kwasniewski (Polens gegenwärtiger Präsident) verantwortlich haben, das ist heute schon offensichtlich.

Die erwähnten Namen gehören zur sogenannten "Großen Politik" und die, die an ihr teilnehmen, halten sich selbst für "groß". Dabei bleiben ihre Bemühungen immer mehr in den Schwierigkeiten stecken, ihre jeweiligen Gesellschaften von der Richtigkeit dieser Politik zu überzeugen. Es sieht ganz so aus, als ob der einzige Kitt, der den brechenden europäischen Topf noch zusammenhalten könnte, der Kampf gegen den Terrorismus sei. Denn Angst schafft es tatsächlich, selbst einander feindlich gesinnte Gruppen zu vereinen. Womöglich bleibt dies auch die einzige Ebene, auf welcher Europa mit Amerika eine gemeinsame Sprache findet. Umso mehr, wenn auch Antikapitalisten schon als Terroristen bezeichnet werden.

Warum tut sich Europa so schwer mit einer Bruderschaft unter den Nationen? Und dies mit seiner Geschichte: einerseits unter dem ehrenhaften Motto "Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit", andererseits nach den grausamen Erfahrungen der Kriege und des Kommunismus, wofür der Kontinent als ganzer Schuld trägt? Warum gab es in den Jahren nach 1989 statt eines überlegten, ruhigen Prozesses, begleitet von echter Hilfsbereitschaft bei der Überwindung des Zivilisations-Abgrunds durch die sogenannten postkommunistischen Länder geradezu einen "ökonomischen Überfall" auf diese schwachen Länder mit ihrer bitteren Geschichte? Wie soll man verstehen, dass wir statt Solidarität und gegenseitigen Verstehens einen brutalen Neokolonialismus erfuhren?

Manche versuchen, diese Tatsache mit der Expansion Amerikas (der USA) zu erklären. Sicherlich sind die USA nicht mehr das Vorbild demokratischer Staaten! Schade, denn irgendein positives Vorbild könnten wir brauchen! Die mediale Verdummung der amerikanischen Gesellschaft, die als einziges (letztes?) Attribut der Freiheit den möglichen Waffenbesitz betrachtet, hat wohl schon Orwell'sches Niveau erreicht. Verwerfen wir also das amerikanische Modell! Aber in welche Richtung soll uns die berühmte französisch-deutsche Lokomotive ziehen? Träumen die Deutschen nicht doch davon, mächtiger zu sein als die Amerikaner? Ist der

französische Präsident völlig frei von den Ideen des 19. Jh., einer Hegemonie in Europa? Versuchen die europäischen Kommissare nicht, uns mit der Idee eines Europas als weltstärkstem Markt zu täuschen?

„Na und?“ fragt der Durchschnittseuropäer, der Amerika offen hasst und nur Wohlstand für sein eigenes Haus möchte! Und der Delegierte von Attac Polska fragt: "aber mit welchen Mitteln?" Soll Europa ein zweites Amerika sein? Wozu? Schließlich müssten wir, um „Amerika“ zu werden, wovon das deutsche Kapital träumt, so werden wie die Amerikaner, die gleichen Organisationsprinzipien im Staat und ähnliche Wirtschaftsregeln übernehmen, also die ganze Welt in einen MARKT verwandeln, und damit uns alle in Handels-Ware. Als Pole kann man den Misserfolg der großen Politiker bei dem Versuch einer authentischen Vereinigung Europas nur auf eine Weise erklären: in den Salons und Büros der europäischen Politiker dominiert die Unlust zu wirklicher Bruderschaft - das Spiel geht nur um den MARKT.

Aus polnischer Sicht gibt es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Kapitalismus bzw. den Expansionsmethoden der Wirtschaft im amerikanischen Stil und denen im westeuropäischen Stil (Möge dies denen zu denken geben, die den polnischen Pro-Amerikanismus nicht verstehen können - wobei dieses Thema einer eigenen Erörterung bedarf). 14 Jahre nach der sogenannten Wende ist Polen ein neokolonialistisches Land, und dies nicht nur wegen so gnadenloser Finanzinstitutionen wie WTO und IWF, die beide ihren Sitz in den USA haben, sondern auch wegen einflussreicher und finanzkräftiger Konzerne, Großunternehmen und Banken aus Deutschland, Frankreich, Italien ..., die die Regeln des Neoliberalismus (sprich: Neokolonialismus) übernommen haben.

Wie viele Deutsche wissen von der Art der Übernahme polnischer Fabriken durch deutsche Unternehmen (z.B. der Zuckerraffinerien durch Südzucker und ähnlicher Bestrebungen von RWE und Stadtwerke Leipzig...), deren oft einziges Ziel es ist, dieselben zum Konkurs zu bringen und damit Konkurrenten auszuschalten? Weiß der durchschnittliche Franzose, unter welchen Bedingungen polnische Verkäuferinnen in französischen Supermärkten arbeiten (Was täte eine Französin, wenn sie zur Arbeit Pampers tragen müsste, weil ihr nicht genug Zeit zugestanden wird, um zur Toilette zu gehen?) In der letzten Ausgabe des alternativen Magazins "Obywatel" bringt ein langjähriger französischer Pressekorrespondent sein Unbehagen angesichts der Praktiken französischer Konzerne in Polen zum Ausdruck. Solche Stimmen müsste es mehr geben und sie sollten hörbarer sein. Das müsste die Stimme von Attac Europa sein. Von diesen Erscheinungen, die die Entwicklung des sog. freien Marktes begleiten, müssen "normale Leute" nichts wissen, sie suchen wie getrieben nach billigeren Angeboten in den Supermärkten, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Aber wir müssen davon wissen, wir Mitglieder von Attac Europa.

Die Unfairness heutigen Wirtschaftsrechts hat bereits jedes erträgliche Maß überschritten. Im "Newsletter 4 der Attac EU-AG" vom Dezember lesen wir einen kritischen Artikel zum Thema Europäische Verfassung von Pia Eberhardt. Die Autorin weist darauf hin, dass die Verfassung

Stanislaw Raczka ist Mitglied von Attac Polen und zuständig für den Kontakt nach Deutschland. Er lebt in Danzig,

(bzw. deren Entwurf) die Handelsfreiheit und Souveränität der einzelnen Staaten bedrohe. Für den kritischen Polen ist diese Bedrohung seit langem offensichtlich, - und das nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftliche Souveränität, sondern auf die Souveränität der Staaten überhaupt. Die ganze Maschine, die Europäische Gemeinschaft heißt, trägt immer mehr antidemokratische Züge (z.B. durch den Zentralismus) oder gar anti-menschliche. Der Mechanismus der Vereinigung Europas von der Prägung der heutigen Kommissare, denen nichts wichtiger ist als der direkte Gewinn, dieser Mechanismus hat nichts mehr gemein mit dem Geist der Staatsmänner der Nachkriegszeit wie Schumann, Gaspari und andere. Die Europäische ist also nichts anderes als eine bedauernswerte Verkörperung der mit dem Großkapital verbundenen einzelnen Staatsregierungen. Auch die polnische Regierung sieht sich gern selbst als zu diesem Kreis gehörend. Und wie ein Symbol dieser Entwicklung steht da die Figur eines Berlusconi; wie konnte ein moderner, zivilisierter, demokratischer Staat etwas derartiges hervorbringen?

Wo stehen wir also heute? Haben wir nach dem erschöpfenden Kampf mit dem Kommunismus einen Schritt zurück gemacht? Dafür scheint leider alles zu sprechen. Nachdem die Idee eines „Dritten Weges“ verworfen worden war, finden wir uns in der Umklammerung des Kapitalismus wieder, dessen Fundament schlicht der EGOISMUS ist (und dabei hatte alles mit Solidarnosc = SOLIDARITÄT begonnen). Ein übrigens ideologischer Egoismus, durch immer mehr privatisierte Medien als System neuer Werte dargestellt, versteckt in Form von farbiger Reklame, die die Jugend fasziniert, in Zeitschriften für die Hausfrau und für Unterhaltung suchende Geschäftsleute - Egoismus als Lebensstil.

Für den Attaci klingt die Warnung einiger sensibler Ökonomen so ungeheuer wie glaubwürdig: dass der Kapitalismus von seiner Art her eine dem Kommunismus an Gewicht vergleichbare Ideologie sei. Und der Kampf gegen eine Ideologie ist nicht einfach. Der Egoismus kennt keine Grenzen, ähnlich wie die Globalisierung. Ist das genauso mit dem Amerikanismus? Dies ist bereits kein geografisch verstandener Begriff mehr, sondern eine über Volk und Staat hinausgehende globale Qualität, nicht nur in den Ländern der sog. Dritten Welt, sondern gleich hinter der Grenze, beim Nachbarn in Deutschland und Polen. Lasst uns das Problem der Globalisierung nicht exotisieren als ein Merkmal der armen, rückständigen aber warmen exotischen Gegenden, wo die Palmen wachsen...

Es ist nicht zu verstehen, warum so wenig von der Globalisierung in Osteuropa die Rede ist. Auf der Konferenz McPlanet im Juni 2003 in Berlin fiel dazu nicht ein einziges Wort. Erklären kann man das nur auf eine Weise: das deutsche und französische Kapital, das in Polen Arbeitsplätze vernichtet, ermöglicht vielleicht die Schaffung von Arbeitsplätzen im eigenen Land, darum kann niemand vernünftiges, darum kann niemand in Deutschland oder Frankreich an einen Protest im Namen der Ungarn, Tschechen, Polen... denken.

Man sollte aber unbedingt prüfen, in welchem Maß die Gesellschaften der reichen Länder Europas der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Expansion ihres Kapitals nach Osten eine Hilfe für die armen Länder ist. Lebt die deutsche Gesellschaft nicht in dem Glauben, dass gerade Deutschland Polen beim Aufbau hilft? Dieser Illusion kann man leicht erliegen, aber am Ende rächt sie sich. Außerdem kann wohl ein Durchschnittsbürger sich solche Ahnungslosigkeit leisten, wenn wer sich von der Medienpropaganda verdummen lässt, aber nicht ein Mitglied von Attac, egal welcher Herkunft. Wenn es sich zeigt, dass ein arbeitsloser Pole in der EU von ca. 150 Euro monatlich leben kann, wer garantiert, dass nicht irgendwann auch in Deutschland oder Frankreich den Arbeitslosen ein ähnlicher Betrag angeboten wird?

Es wird ja immer deutlicher, dass zwar der Lebensstandard in den Ländern der EU noch immer unterschiedlich ist, die Probleme, die uns betreffen jedoch keine Grenzen kennen. Schröders Agenda 2010 oder der polnische Hauser-Plan sind zwei Kapitel des gleichen Romans. Verarmende Gemeinden, überschuldete Gesellschaften (über 1 Mio. Polen haben ernsthafte Schuldenprobleme), Arbeitslosigkeit (wie nur lässt sich diese auf dem gerade noch ungefährlichen, dem Kapital nützlichen Niveau halten?), das sind alles europaweite, weltweite Erscheinungen. Man kann also daraus schließen, dass es keinen anderen Ausweg gibt als globales Handeln. Wenn uns der Globalismus von oben droht, dann lasst uns als Attac innerhalb nationaler Grenzen kämpfen. Die Grenzen müssen verschwinden, nicht nur für das Großkapital! Auch der Protest muss global sein, paneuropäisch.

Die Gelegenheit ist einzigartig. Die langjährigen Bemühungen der Brüsseler Kommissare zur Öffnung der Grenzen erreichen ihr Ziel. Nutzen wir also die offenen Grenzen! Der 1. Mai als Tag der EU-Erweiterung kann also auch unser Feiertag sein, wenn auch die Europäische Gemeinschaft in der rein auf wirtschaftlichen Profit orientierten Form eine Pseudo-Union ist. Dies müssen wir zum Ausdruck bringen und gemeinsam ATTACieren: Deutsche nach Polen (kommt und protestiert hier vor den durch deutsches Kapital geschlossenen Zuckerraffinerien - Willkommen!), Franzosen nach Tschechien, Polen nach Paris... Wir müssen es dahin bringen, dass der Protest genauso leicht in jeden Winkel kommt wie das Kapital bei seinen Investitionen.

Bei der Gelegenheit sollte man auch überlegen, ob die bisherige Form eines Sozialforums die angemessene ist. In Paris im November z.B. war schon etwas von Dekadenz zu spüren. Eine noch größere Gefahr scheint allerdings der sich bereits abzeichnende Versuch der Regierenden, das Sozialforum zu marginalisieren, einerseits im Sinne einer Propaganda, die die Globalisierungskritik in den Farben einer Quasi-Folklore darstellt, und andererseits in geografischem Sinne, wo Proteste in bestimmten (sprich: abgeschlossenen) Stadtbezirken erlaubt werden. Dies passiert gerade auch in Warschau im Zusammenhang mit dem für Ende April geplanten europäischen Wirtschaftsgipfel und den damit zu erwartenden Protesten.

Die liberale Konterrevolution – neoliberaler Think Tanks in Polen

Von Gisela Neunhöffer

Während im Westen die Transformation in Osteuropa oftmals als neoliberales Modellprojekt verstanden und Polen als Vorreiter der Schocktherapie zitiert wird, gestaltet sich das Bild weniger eindeutig, wenn man Neoliberale in Osteuropa selbst befragt (1). Während Bronisław Łagowski sein Buch über die Transformation in Polen »Liberale Konterrevolution« betitelt (2), klagt Donald Tusk 1998 in einem Artikel für die Wochenzeitung *wprost*, dass der Anfangselan des »Balcerowicz-Plans« nur allzu schnell enger Interessenpolitik, Bürokratisierung, Korruption und vor allem exzessiven staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gewichen sei (3). Zu retten sei das Land nur durch eine neue Welle des Liberalismus, eine gemeinsame Anstrengung zur Umsetzung von (liberalen) Reformplänen über Parteigrenzen hinweg.

Da die diagnostizierten Probleme, sowohl in bezug auf ihre Ursache als auch auf ihre Gestalt, in den achtziger Jahren entstanden seien, findet Tusk auch die Gegenstrategie in den Achtzigern: Die Rückkehr zum Heroismus der »Totengräber des Kommunismus« wie Mazowiecki, Balcerowicz, Bielecki und Lewandowski.

Ist also in Wirklichkeit alles ganz anders? Droht das Schreckgespenst der Neoliberalen – die Rückkehr des Sozialismus? Um die Rolle neoliberaler Ideologen und die Genese ihrer Institutionen in der polnischen Transformation zu verstehen, lohnt es sich ein wenig zurück zu blicken.

Die Wiege der polnischen Neoliberalen in den achtziger Jahren

In der Tat kann das Inkrafttreten der Gesetze, die zusammengekommen den Titel Balcerowicz-Plan verliehen bekamen, als die Sternstunde der polnischen Neoliberalen am Jahreswechsel 1989/1990 bezeichnet werden. Scheinbar aus dem Nichts traten plötzlich Ökonomen und Politiker auf, die nicht nur vehement eine radikale Wende zum Kapitalismus forderten, sondern offenbar auch ein Patentrezept zur Umsetzung hatten. Doch auch Neoliberale fallen nicht vom Himmel. Die Wurzeln des polnischen Neoliberalismus liegen in den späten siebziger, vor allem aber in den achtziger Jahren.

In den vielfältigen Diskussionen darüber, wie die wiederkehrenden Versorgungskrisen der polnischen Wirtschaft überwunden werden könnten, bildeten sich damals Grüppchen von Oppositionellen, die nicht (mehr) an eine Reformierbarkeit (oder Revolutionierbarkeit) des Sozialismus sowjetischer Prägung glaubten und zunehmend radikalere Vorschläge in Richtung marktwirtschaftlicher Umgestaltung zu machen begannen. Zwar war die Forderung nach Einführung von Marktelementen unter verschiedenen Namen wie zum Beispiel »Marktsozialismus« ein wiederkehrendes Element des Reformdiskurses in Polen. 1980/81 gab es in der *Solidarność*-Bewegung eine Gruppe von (Arbeiter) Theoretikern, die ein weitreichendes Programm für ein marktwirtschaftliches System entwarf, das aber nicht breiter diskutiert

wurde (4). Einen wichtigen Platz darin nahm jedoch noch die Arbeiterselbstverwaltung ein. Es kann also keinesfalls als »neoliberal« bezeichnet werden. Schon damals offenbarte sich, dass die *Solidarność* aus Vertretern vieler verschiedener, hochgradig widersprüchlicher Positionen zusammengesetzt war. In ihr mischten sich sozialistische, nationalistische, liberale und konservativ-christliche Strömungen. Das Verbindende dieser Opposition war der gemeinsame Widerstand gegen das schwächer werdende Regime unter der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik und deren Folgen sowie am bürokratischen Sozialismus. Im oppositionellen Diskurs mischten sich verschiedene Elemente alternativer Gesellschaftskonzepte, wie Forderungen nach einem anderen – selbstverwalteten – Sozialismus, nach bürgerlichen Freiheitsrechten, nach ökonomischem Liberalismus, nach ökonomischer Unabhängigkeit (von der UdSSR) und nach politischer Demokratie.

Während sich jedoch ein Großteil der Opposition auf die Forderung nach Gewährleistung politischer Freiheitsrechte konzentrierte, setzten die entstehenden neoliberalen Zirkel ihre Kritik am Sozialismus im ökonomischen Bereich an und grenzten sich auch zunehmend von Strömungen in der Opposition ab, die aus ihrer Sicht von sozialistischem Gedankengut infiltriert waren.

Neoliberale Positionen waren zu diesem Zeitpunkt in der oppositionellen Bewegung sicher nicht mehrheitsfähig, doch konnten diejenigen, die in zunehmendem Maße neoliberale Konzepte verinnerlichten, als Teil dieser Bewegung, die sich nach der Verhängung des Kriegsrechts im Untergrund reorganisierte, deren vielfältige Strukturen nutzen. So verbreiten sie über den »zweiten Umlauf«, das heißt über die (illegale) Publikation von unzensurierten Schriften, ihre Ideen und gleichzeitig waren sie in vielfältigen Diskussionsstrukturen präsent. Vor allem Gdańsk entwickelte sich zu einem wichtigen Zentrum (neo)liberalen Denkens. 1983 erschien dort im Untergrund die erste liberal orientierte Zeitschrift *Przegląd Polityczny*, die unter anderem von Donald Tusk herausgegeben wurde. Ein Jahr später konnte auch der spätere Privatisierungsminister Janusz Lewandowski für die Mitarbeit gewonnen werden. Tusk beschreibt das erste Treffen mit Lewandowski begeistert:

»Es zeigte sich, dass er und seine Freunde, vor allem Jan Szomburg, das, was wir mit großem Aufwand entdeckt hatten, seit vielen Jahren studierten. Im Laufe des Treffens schlug er vor, die Präsentation eines Zyklus von Darstellungen der wichtigsten Neoliberalen und von Übersetzungen von Teilen ihrer Werke zu beginnen. Die Magie der Namen Hayek, Mises und Aron hatte uns schon früher gepackt, aber der schwierige Zugang zu ihren Arbeiten und die Sprachbarriere begrenzten ernsthaft unsere Versuche, ihre Werke auf den Seiten des *Przegląd* zu verbreiten.« (5)

In den achtziger Jahren wurde die Forderung nach Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems vor allem auch von jenen erhoben, die nach den Repressionen von 1981 keine Arbeit mehr im staatlichen Sektor bekamen und sich im entstehenden privaten Sektor eine neue Lebens-

Gisela Neunhöffer – Jg. 1972, M.A. studierte Osteuropastudien, Politik- und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität und an der Humboldt-Universität zu Berlin, zur Zeit assoziierte Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin. Der Artikel erschien zuerst in *UTOPIE kreativ* Heft 126 (April 2001). Wir danken der Autorin für die Erlaubnis zum Wiederabdruck.

grundlage schufen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine offen institutionalisierte neoliberale »Schule« in Polen, aber es bildeten sich Personennetzwerke und Diskussionszusammenhänge heraus, die sich auf neoliberale Vordenker bezogen und sich – zumindest rückblickend – auch selbst als Neoliberaler bezeichnen. Später konnten sich einige von ihnen auch in offiziellen Forschungs- und Bildungseinrichtungen etablieren. Spätestens seit den achtziger Jahren unterhielten diese Netzwerke auch rege Kontakte ins westliche Ausland, was sich auch an Forschungsaufenthalten (zum Beispiel von Leszek Balcerowicz in Sussex und Marburg) zeigt. Diese Kontakte wurden zum Teil auch über polnischstämmige Wissenschaftler in westlichen Ländern organisiert.

Die erste institutionalisierte, offen prokapitalistische Gruppe wurde am 2. Dezember 1988 in Warschau gegründet: die Akcja Gospodarcza (Wirtschaftsaktion). Diese Dachorganisation verschiedener lokaler Gruppen für freies Unternehmertum vertrat offen und radikal Forderungen nach Einführung des freien Marktes und des Privateigentums an Produktionsmitteln. Sie verstand sich selbst als »unabhängige Autorität«, die sich über Einflussnahme auf Regierung und Gesellschaft für ein »natürliches effektives Wirtschaftssystem« einsetzen wolle und als Vertreter der Interessen und Ansichten der »schweigenden Mitte«. Mit Analysen der jeweiligen Reformpolitiken und konkreten Vorschlägen wollte die Akcja Gospodarcza einen »evolutionären, aber nicht begrenzten Reformprozess« vorantreiben (6). In einer der weiteren Verlautbarungen forderte die Gruppe unter anderem die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller (privaten und staatlichen) Wirtschaftsobjekte, die Öffnung aller Wirtschaftssphären für Privatunternehmen (bis dahin war privatwirtschaftliches Unternehmertum nur in einigen Segmenten der polnischen Wirtschaft zulässig), die Gleichstellung in- und ausländischen Kapitals, Preis-, Währungs- und Zinsliberalisierung, Liberalisierung von Finanz- und Wohnungsmärkten, Budgetkürzungen, eine Steuerreform usw.: »Das ist unserer Meinung nach ein Minimalprogramm, das sofort ins Leben gerufen werden sollte. Die beschriebenen Veränderungen sind unbedingt notwendig für den unausweichlichen Beginn eines Prozesses der Formierung eines tatsächlichen Marktsystems in Polen, und ohne sie werden alle sogenannten Reformtätigkeiten nur scheinbare Veränderungen sein, die als Elemente des politischen Spiels angesehen werden müssen, und nicht als ein Ausdruck des authentischen Willens, der wirtschaftlichen Katastrophe des Landes zu entgehen.« (7)

Zu diesem Zeitpunkt wurden die ideologischen Unterschiede im Solidarność-Lager auch praktisch bedeutsam, wobei die Hardliner der Akcja Gospodarcza für radikale Reformen ohne Rücksichtnahme auf – nach ihrer Meinung »kurzfristige« – soziale Härten eintraten, während andere Teile der Solidarność zum Beispiel von der Financial Times als »more social-democratic« bezeichnet wurden.(8) Auseinandersetzungen wurden unter anderem darüber geführt, ob bei Liberalisierung der Preise die Lohn- an die Preisentwicklung gekoppelt werden solle, was von Akcja Gospodarcza als inflationstreibend abgelehnt wurde. An anderer Stelle artikuliert die Gruppe ihr entschiedenes Misstrauen dagegen, Arbeitern aus der Solidarność-Basis größere Macht in Wirtschaftsfragen einzuräumen. Im Zuge der Reformen gelang es ihren Vertretern, im Kampf um die Neuverteilung der Macht Schlüsselpositionen zu besetzen. Für die Parlamentswahlen im Spätsommer 1989, bei denen ein Drittel der Abgeordneten frei wählbar war, gelang es zum Beispiel Andrzej Machalski, einem führenden Mitglied der Akcja Gospodarcza, als Leiter des Solidarność-Wahlkampfes verschiedene Kampfgenossen auf die Kandidatenliste für das Parlament zu hieven.

Die Sternstunde der Neoliberalen – der Balcerowicz-Plan

Der überwältigende Erfolg der Solidarność bei den Wahlen von 1989 ebnete den Weg für die Bildung der ersten von der Solidarność geführten Regierung unter Tadeusz Mazowiecki. Die Berufung von Leszek Balcerowicz, eines bis zu diesem Zeitpunkt weithin unbekanntem Wirtschaftswissenschaftlers, zum Finanzminister und Vizepremier war Ausdruck der Entscheidung, Ernst zu machen mit der radikalen Umgestaltung des Wirtschaftssystems. Andere Kandidaten, die vorher für den Posten im Gespräch waren, aber ablehnten – wie beispielsweise Cezary Józefiak, heute Vorsitzender des Adam-Smith-Zentrums, der Nachfolgeorganisation der Akcja Gospodarcza und einer der radikalsten neoliberalen Think Tanks in Polen –, vertraten grundsätzlich ähnliche Positionen.

Gestützt auf den Rückhalt aus der Solidarność für die »eigene« Regierung und die Bereitschaft der Bevölkerung, kurzfristig den Gürtel enger zu schnallen, um langfristig eine Verbesserung der ökonomischen Lage zu erzielen, ausgestattet mit weitgehenden Kompetenzen innerhalb der Regierung, konnten Balcerowicz und sein Team innerhalb kürzester Zeit ein Gesetzespaket ausarbeiten und implementieren, das einen »Kapitalismus nach Design« schaffen sollte (den später so genannten »Balcerowicz-Plan«). Der Markt war dabei Mittel und Ziel, und die drei – nicht neu erfundenen, aber in den Jahren danach vom mainstream der Transformationsforschung gebetsmühlenartig wiederholten – Grundsätze des Programms waren Liberalisierung, Stabilisierung und Privatisierung.

Gestützt war dieses Programm vor allem auf die neoliberalen Lehren der Chicagoer Schule, aus deren Reihen Jeffrey Sachs in der Region in den nächsten Jahren zu berühmter Berühmtheit gelangte. Der langjährige Solidarność-Aktivist Karol Modzetewski, einer der wenigen, die im Parlament gegen den Balcerowicz-Plan stimmten und die Solidarność im weiteren von links kritisierten, schrieb zu der Frage, ob diese Politik der polnischen Regierung von außen – insbesondere vom Internationalen Währungsfonds (IWF) – aufgezwungen worden sei: »Keine fremde oder eigene Macht hat die Führer unserer Wirtschaft dazu gezwungen. Sie übernahmen einfach mit großem Eifer dieselbe Wirtschaftsphilosophie, die in den Beratungs- und Leitungsgremien des IWF herrscht ... Dabei ... hatten die Begründer der neoliberalen Ökonomie nichts mit den Problemen des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft zu tun, sie mussten darüber nicht nachdenken und hatten in dieser Frage keinerlei Antworten parat. Wenn sie sich für die sozialistische Ökonomie interessierten, so nur um festzustellen, dass sie nicht an die marktliberale heranreiche, aber nicht um einen Weg zu finden, wie sie umzubauen sei. Das ist ein guter Ansatz für Ideologie und Propaganda, aber nicht für die Wirtschaftspolitik. (...) Die Gründe, warum die siegreiche Solidarność sich diesen Blickwinkel aneignete, sind sicherlich schwer zu bestimmen, aber ich würde an erster Stelle die komplette programmatische Ratlosigkeit in Wirtschaftsfragen nennen ... Wesentlich stärker als der Einfluss von USA, IWF oder den Europäischen Gemeinschaften war ... die Abhängigkeit der polnischen Eliten von den in diesem Moment im Westen herrschenden Denkströmungen zu spüren.« (9)

Den neoliberalen Schocktherapeuten war dabei durchaus bewusst, dass sie nur begrenzt Zeit hatten, die eingeleiteten Reformen so weit zu treiben, dass sie unumkehrbar waren. Wiederholt berichten Vertreter neoliberaler Konzepte selbst, dass Ende der achtziger Jahre zwar die Kritik am bürokratischen Sozialismus immens, die Schlussfolgerung einer Abkehr vom Sozialismus jedoch bei weitem nicht so verbreitet war. Darüber hinaus waren zumindest einige derjenigen, die den »Big Bang« konzipierten, sich sehr wohl

der Stoßrichtung dieser Reformen, nämlich die Verringerung von Arbeiterrechten und des allgemeinen Lebensstandards, bewusst.

In der Tat wuchs der Widerstand gegen die Zumutungen der Schocktherapie in der folgenden Zeit stark an und führte letztlich dazu, dass Balcerowicz im Herbst 1991 aus der Regierung ausschied. Die kurze Sturm- und Drangphase des polnischen Neoliberalismus war damit zunächst beendet, das ›window of opportunity‹ hatte sich wieder geschlossen. Vom »war of movement« gingen die neoliberalen Zirkel wieder zum »war of position« (Gramsci) über. Die institutionellen Grundlagen dafür hatten sie unter anderem mit der Gründung verschiedener Think Tanks gelegt.

Think Tanks als ›Infrastruktur – die Neoliberalen in den Neunzigern

Im allgemeinen wird die Entstehung von Think Tanks in Osteuropa – analog zur Übertragung anderer Institutionen westlicher repräsentativer Demokratie – zumeist als Teil einer Normalisierung beschrieben. Interessant scheint aus diesem Blickwinkel vor allem, ob die osteuropäischen Institute – nach Anschubfinanzierung aus dem Westen – auf eigenen Beinen stehen können, und ob sich die Landschaft politikberatender Wissenschaftseinrichtungen eher nach amerikanischem Muster (parteiunabhängig, privat finanziert) oder nach deutschem Modell (parteiernahe, öffentlich finanzierte Stiftungen) gestaltet. Dass Think Tanks nicht als ›reine‹ Expertengremien, sondern mehr oder weniger explizit auch als ›infrastrukturelle‹ Ressource für bestimmte ideologische beziehungsweise politische Strömungen stehen, wird zwar thematisiert, im wesentlichen aber nicht problematisiert. So unterscheidet Struyk (1999) zwar zwischen mehr oder weniger advocacy-orientierten und forschungsorientierten Instituten, macht aber keine Angaben über die jeweilige politische Verortung der von ihm untersuchten Think Tanks.

Betrachtet man jedoch jene vier polnischen Think Tanks, die in der Presse als die unabhängigen Wirtschaftsinstitute zitiert werden, ist festzustellen, dass alle vier eine sehr klar marktliberale Position vertreten. Dabei handelt es sich um das Centrum im. Adama Smitha (CAS – Adam-Smith-Zentrum), das Centrum Analiz Ekonomiczno-Społecznych (CASE – Zentrum für ökonomisch-gesellschaftliche Analysen), das Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową (IBnGR – Institut für marktwirtschaftliche Forschungen) sowie das Niezależny Ośrodek Badań Ekonomicznych (NOBE – Unabhängiges Zentrum für Wirtschaftsforschung). Gegründet wurden sie alle zwischen 1989 und 1992.

Das erste solche Institut in Mittelosteuropa überhaupt war (nach eigenen Angaben) das Adam-Smith-Zentrum in Warschau, das im September 1989 von Mitgliedern der Akcja Gospodarcza ins Leben gerufen wurde. Eine der ersten Aktivitäten des Zentrums war die Organisation einer internationalen Konferenz »liberal orientierter Ökonomen« im November desselben Jahres, die sich positiv-kritisch mit dem Balcerowicz-Plan auseinandersetzte und detaillierte Empfehlungen gab. Damit werden auch zwei der Hauptfunktionen der Kontakte ins Ausland sichtbar: Einerseits geht es darum, Beratungstätigkeit zu leisten, andererseits sollen mit dem Prestige beispielsweise einer internationalen Konferenz die eigenen Positionen in der innenpolitischen Auseinandersetzung gestärkt werden.

Im weiteren definierte es das Zentrum als eine seiner Hauptaufgaben, die durch ein halbes Jahrhundert hindurch geformten »sozialistischen Gewohnheiten und Vorstellungen über die Wirtschaft« in der Bevölkerung zu überwinden. Zu diesem Zweck startete das Institut zum Beispiel 1992 eine Aufsatzserie mit dem Titel »Mythen der Wirtschaft«, die in vielen Zeitungen und Zeitschriften gedruckt wurde. Einen

ähnlichen Erfolg hatte die Radiosendung »Das große Lexikon des Kapitalismus«, in der Grundbegriffe der neuen Wirtschaftsordnung in der Lesart des Zentrums vorgestellt wurden.⁽¹⁰⁾ Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Interviews beziehen die – über 50 – Mitarbeiter des Zentrums Stellung zu Themen wie konjunktureller Entwicklung, Privatisierung, Steuersystem, Rentenreform (wobei vor allem das chilenische Modell favorisiert wird), politisches System, innere und äußere Sicherheit und anderen makroökonomischen Fragen. Mit solchen öffentlichkeitswirksamen Strategien erreichte das Zentrum einen solchen Bekanntheitsgrad, dass 1998 zehn Prozent der polnischen Bevölkerung der Name des Instituts ein Begriff war.

Seine Finanzierung bezieht das Zentrum teils vom Staat (Komitee für wissenschaftliche Forschungen), teils von ausländischen Institutionen, wie der US-amerikanischen Quasi-Regierungsorganisation CIPE (Center for International Private Enterprise), aber auch von der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die internationalen Kontakte des Adam-Smith-Zentrums zeigen, dass nicht nur die Finanzierung zumindest in den Anfangsjahren für polnische Think Tanks zu weiten Teilen aus dem Westen kam, sondern dass intensive Personennetzwerke bestehen. In diesem Fall läuft die Verflechtung insbesondere über die Mont-Pèlerin-Society (MPS)⁽¹¹⁾ – von den 15 Mitgliedern des internationalen Programmrates des Zentrums sind mindestens acht Mitglieder dieser Gesellschaft, so auch einer der Mitbegründer des Zentrums, Jan Winiecki. Daher ist es auch kein Zufall, dass sich auf der Publikationsliste des CAS neben neuen polnischen Werken zur Transformationspolitik vor allem Übersetzungen von MPS-Autoren finden – angefangen von Milton Friedmans »Kapitalismus und Freiheit« über Gwartney/ Stroup »Was jeder über Wirtschaft wissen sollte« bis hin zu Büchern von Raymond Aron und Alvin Rabushka. Außerdem ist das Zentrum Teil des »Economic Freedom Network«.

Das Zentrum für ökonomisch-gesellschaftliche Analysen (CASE) ist ein weiteres der großen Wirtschaftsinstitute mit über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es befasst sich mit Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, ist aber vor allem auf die konkrete Politik- und Organisationsberatung ausgerichtet. In seiner Selbstdarstellung heißt es: »Die Idee, die uns beseelte, war, eine unabhängige Forschungsinstitution zu schaffen, die ihr Wissen an die mit dem Umbau der Wirtschaft befassten Politiker weitergeben könnte. Die staatlichen wissenschaftlichen Institute waren damals völlig unvorbereitet auf die intellektuellen Anforderungen, die sich nach dem Fall des Kommunismus ergaben.«⁽¹²⁾

Dabei handelt es sich nicht um irgendwelche Politiker. Vorsitzender des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Rates der Stiftung ist Leszek Balcerowicz, für den CASE (neben seiner Position als Professor an der renommierten Główna Szkoła Handlowa in Warschau) das intellektuelle Hinterland und den Rückzugsraum in Zeiten bildet, in denen seine Tätigkeit in politischen und/oder öffentlichen Ämtern (zuletzt als Finanzminister von November 1987 bis Juni 2000 sowie bis Herbst 2000 als Vorsitzender der Unia Wolności, aktuell als Chef der Nationalbank) nicht gefragt ist. Der vielfach mit Preisen und Ehrendoktorwürden dekorierte Balcerowicz⁽¹³⁾ ist andererseits auch das Zugpferd von CASE, so dass das Zentrum im Jahresbericht 1999 einen für polnische Verhältnisse beträchtlichen Haushalt von 6,1 Millionen US Dollar ausweisen konnte. Über die Hälfte davon stammt aus dem Ausland, davon wiederum ein großer Teil von Regierungsorganisationen, vor allem von der United States Agency for International Development (USAID). Andere Geldgeber sind unter anderen konservative Einrichtungen wie die Ford Foundation, die Konrad-Adenauer-Stiftung, sowie die polnischen Ableger der Soros-Stiftung, die Fund-

acja im. Stefana Batorego. Bezeichnend ist, dass die in Polen angeworbenen Mittel überwiegend von Unternehmen beziehungsweise von Einzelpersonen stammen. Darunter sind sowohl polnische Unternehmen, insbesondere Banken, als auch Filialen westlicher Konzerne, wie zum Beispiel die Westdeutsche Landesbank Polska S.A.

Einen wichtigen Teil seiner Arbeit sieht CASE in der weiteren Verbreitung der »liberalen Konterrevolution« über polnische Landesgrenzen hinaus. Das Institut unterhält Filialen in Kyrgistan, Georgien und der Ukraine, führt Beratungstätigkeiten in Moldawien, Rumänien und Rußland durch. Gute Bekannte aus alten Schocktherapiezeiten sind die russischen »Radikal«-Reformer Anatoli Chubais und Jegor Gajdar, beide sind Mitglieder im wissenschaftlichen Rat, letzterer veröffentlichte mehrfach Arbeitspapiere bei CASE.

Auch das dritte große Institut im Bunde, das Institut für marktwirtschaftliche Forschungen (IbnGR) in Gdańsk (mit einer Filiale in Warschau) hat mindestens einen ehemals zentral für die Systemtransformation verantwortlichen Politiker in seinen Führungsgremien, den schon erwähnten ehemaligen »Minister für die Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen« (sprich: Privatisierung) und MPS-Mitglied Janusz Lewandowski. 1989 veröffentlichte er mit »Neoliberalowie wobec współczesności« eine schon früher angedachte Einführung in das Denken neoliberaler Klassiker. Zusammen mit Jan Szomburg, heute Vorsitzender des Stiftungsrates des IbnGR, erarbeitete er Anfang der neunziger Jahre Transformations- und Privatisierungsszenarien.

Das IbnGR ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, von 18 Beschäftigten bei einem Budget von 400 000 US-Dollar (1992) auf 59 Mitarbeiter mit 2.000.000 US-Dollar (1997). Dabei ist der Anteil der Finanzierung aus dem Ausland von 67 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen.

Mit diesen Ressourcen kann das Institut eine Vielzahl von Themen bearbeiten, von der Privatisierung über finanzielle und territoriale Dezentralisierung, Rentenreform, Steuerreform, makroökonomischen Prognosen bis hin zu sektoralen Analysen. Mit den Ergebnissen tritt das Institut an politische Führungskräfte, Beamte, Journalisten, Wissenschaftler und die breite Öffentlichkeit heran und erreicht so jährlich über 500 Erwähnungen in den Massenmedien. Diese drei Institute sind über Projektkooperationen, persönliche Netzwerke und zum Teil über Personen miteinander verknüpft. Dies gilt vielleicht etwas weniger für das Unabhängige Zentrum für Wirtschaftsforschung (NOBE), ein etwas später gegründetes Institut für Wirtschaftsprognosen, dessen Gründer vor allem aus dem Kreis ehemaliger Berater von Weltbank und Europäischer Entwicklungsbank stammen.

Eine weitere, ziemlich kleine, aber international relativ gut vernetzte Einrichtung ist das Instytut Liberalno-Konserwatywny (ILK) mit enger Anbindung an die Unia Polityki Realnej (UPR), eine Partei, die sich ebenfalls als liberal-konservativ verortet. Das Institut ist deutlicher als die anderen Institute auf der Rechten des politischen Spektrums angesiedelt und hat damit eine Brückenfunktion zwischen Polens nationalchristlich-konservativer Strömung und den stärker westlich orientierten Liberalen. Das ILK gibt als Ziel an: »die Propagierung der Ideen des Liberalismus und Konservatismus über die Durchführung von Bildungs-, Informations- und Popularisierungstätigkeiten aller Art ... Dieser Bedarf ergibt sich daraus, dass im Lauf der vergangenen Jahrzehnte ... die angesprochenen Ideen konsequent eliminiert wurden ... Auch wurden die Ideen des Konservatismus und Liberalismus in den letzten Jahren ... von den Eliten der neuen Macht verfälscht und lächerlich gemacht. Diese Ideale erneut ins gesellschaftliche Bewusstsein Polens einzuführen, ist unverzichtbar für die Durchführung der Reformen, deren Krönung die Rückkehr Polens in die lateinische Zivilisation

– die Zivilisation der Freiheit – sein muss, nicht verfälscht durch soziale Utopien.«(14)

Der Klassikerimport, den das ILK ebenfalls durch die Herausgabe von Übersetzungen der Bücher von Hayek, von Mises, Sirico, David Friedman sowie von Auszügen aus The Freeman, der Zeitschrift der konservativen US-Stiftung Heritage, betreibt, ähnelt dennoch den Aktivitäten der anderen Institute. In Fragen der Vermittlung zwischen Neoliberalismus und katholischer Kirche arbeitet das ILK mit dem Acton Institute zusammen, einem amerikanischen Think Tank »für das Studium von Religion und Freiheit«, dessen Ziel es ist, »das Verständnis für Marktprinzipien zu fördern und die ökonomische Freiheit zu ermutigen, die Möglichkeiten für alle schafft« (Selbstbeschreibung (15)). 1998 wurde eine gemeinsame Konferenz zum Thema »Ethik im Kapitalismus« durchgeführt. Andere Institute, mit denen ILK kooperiert, stammen aus dem prominenten konservativen Spektrum: ATLAS Foundation, Cato Institute, Citizens for a Sound Economy, Foundation for Economic Education, Fraser Institute, Institute for Humane Studies, International Society for Individual Liberty, Laissez Faire Books, Lithuanian Free Market Institute.

Neben den hier (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) vorgestellten Think Tanks seien hier noch einige andere wichtige neoliberale Institutionen erwähnt: einerseits die beiden Parteien UPR, die die konservativ-liberale Ecke abdecken, und die Unia Wolności (Freiheitsunion), die vor allem einen ökonomischen Liberalismus vertritt – durchaus auch in Abgrenzung beispielsweise vom konservativ-religiösen Spektrum –, aber auch die Brücke zu den liberal-demokratischen Teilen der ehemaligen Solidarność-Opposition schlägt. Nach der kürzlichen Neugründung einer »Bürgerplattform« ist das politische Spektrum, das bisher von der Unia Wolności abgedeckt wurde, gespalten und weitere Umstrukturierungen der politischen Szene sind wahrscheinlich.

Ein anderes wichtiges Standbein sind Medien, in deren Diskursen neoliberale Positionen durchgängig dominieren. Die Wochenzeitung wprost ist ein gutes Beispiel für ein Blatt, dessen Kommentare zu wirtschaftspolitischen Fragen sich auf die einfache Formel »Mehr Markt machts besser« bringen lassen. Sie bietet Balcerowicz regelmäßig eine Tribüne für eine Kolumne und druckt gelegentlich Interviews mit Rose und Milton Friedman und anderen »Größen« ab (16).

Funktionen und Bedeutung neoliberaler Think Tanks in Polen

Trotz mehrfacher Regierungswechsel im Lauf der vergangenen zehn Jahre sind die Grundsätze des neoliberalen Transformationskurses – monetaristische Wirtschaftspolitik, weitgehender Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der Sozialpolitik, weitgehende binnenwirtschaftliche Liberalisierung und Integration in den Weltmarkt, letztere vor allem in Form der angestrebten EU-Integration – von den politischen Eliten der jeweils herrschenden Lager nie in Frage gestellt worden (17).

Diese Kontinuität ist sicherlich teilweise dem starken Einfluss von westlichem Druck und westlicher Beratungstätigkeit zuzuschreiben. Insbesondere der nunmehr institutionalisierte Prozess der Anpassung an den acquis communautaire der Europäischen Union, der vor dem Beitritt abgeschlossen sein muss, ist in den letzten Jahren eine der entscheidenden Determinanten der polnischen Politik in fast allen Bereichen geworden. Eine Analyse, die die polnische Politik als von außen diktiert begreift, verkennt jedoch die Tatsache, dass die polnischen Intellektuellen und politischen Eliten selbst diesen Prozess mit Entschiedenheit betreiben, wie der oben erwähnte Modzetewski es beschrieben hat (18).

Die »unabhängigen« Forschungsinstitute erfüllen dabei mehrere Funktionen, die sich zum Teil von ähnlichen Institutionen in etablierten kapitalistischen Gesellschaften unterscheiden. Eine wichtige Aufgabe war die Popularisierung marktradikal orientierter Begriffe und Erklärungsmuster. In einer Situation, in der der gesellschaftliche Wandel umfassend und die alte Ordnung bis auf den Grund diskreditiert waren und somit neue Deutungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit sich schneller als sonst durchsetzen konnten, wurden der breiten Öffentlichkeit mit einfachen neoliberalen Formeln wichtige Orientierungspunkte nahegebracht. Diese hatten zudem den Vorzug, dass sie mit den Anforderungen, welche an Polen und seine Wirtschafts-subjekte durch die Integration in eine transnationalisierte, neoliberal strukturierte Weltwirtschaft gestellt wurden, scheinbar punktgenau übereinstimmten.

Die Mitarbeiter (selten Mitarbeiterinnen) zumindest der großen Institute (soweit sie nicht prominente Parteivertreter sind) vermeiden dabei im allgemeinen eine politische Verortung. Vielmehr versuchen sie, sich als »Experten« darzustellen, die unabhängig von parteipolitischen Hader »gute« Politiklösungen anbieten. Dass ihre Analysen vielfach als quasi objektive Weltsicht akzeptiert und wiedergegeben werden, unterstreicht, in welchem Ausmaß marktliberale Vorstellungen zumindest in der publizistischen Öffentlichkeit Polens verbreitet sind.

Neben dieser allgemeinen Überzeugungsarbeit leisten die Institute aber auch vor allem einen großen Teil der Arbeit, das dürre Skelett der Schocktherapie im einzelnen mit neuen institutionellen und gesetzlichen Regelungen auszufüllen. Sie bearbeiten damit das vielfach zitierte Paradox, dass gerade in der Transformation eine Vielfalt (staatlicher) Regeln vonnöten ist, um der »unsichtbaren Hand« die rechten Werkzeuge an dieselbe zu geben.

Damit übernehmen sie auch einen Teil der Aufgaben der ehemals staatlichen Forschungsinstitute, deren Budgets und Ausstattung in den Jahren nach 1989 drastisch zurückgefahren wurden. Teilweise finden sich auch die Mitarbeiter eben dieser staatlichen Einrichtungen in den neuen nichtstaatlichen Instituten wieder.

Die Erarbeitung eigener theoretischer Beiträge steht bisher im Hintergrund. Angesichts der Chance, direkt in den politischen Prozess einzugreifen, der Notwendigkeit, die neoliberale Transformation angesichts verschiedener Wellen sozialer Unruhe immer wieder neu ideologischpropagandistisch abzustützen, sowie der vermeintlichen Klarheit darüber, was zu tun sei, wurden theoretische Auseinandersetzungen auf »später« vertagt:

»So gibt es unter polnischen Ökonomen bislang auch kaum theoretisch-wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen solchen, die eher Keynes favorisieren, und anderen, die Hayek bevorzugen. Wyznikiewicz (vom IBnGR): »In der realen Wirtschaft geschieht so viel, die Transformation ist so faszinierend, daß wir uns derartige Debatten für später aufheben.« (19)

Auch Sachs argumentierte noch 1993, dass angesichts der Aufgabe, erst einmal den allen westlichen Ländern gemeinsamen »common core of capitalist institutions« zu etablieren, die Unterschiede zwischen verschiedenen Modellen des skandinavischen, britischen oder deutschen Kapitalismus »can be put off until later« (20). Doch nicht nur die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern von Keynes oder Hayek blieb aus, auch die verschiedenen liberalen Strömungen untereinander sind (noch) wenig ausdifferenziert, so dass die Friedrich-Naumann-Stiftung Anfang der neunziger Jahre konstatierte: Das liberale Lager »zeichnet sich durch große organisatorische und programmatische Heterogenität sowie ein inkonsistentes oder kaum reflektiertes Liberalismus-Verständnis aus.« (21) Weiter verbreitet

als die Entwicklung eigenständiger Theoriebeiträge ist – wie oben gezeigt – das Bestreben, westliche Neoliberale einem polnischen Publikum zugänglich zu machen. Insofern dominiert also weiterhin die »Abhängigkeit« von den dominanten westlichen Ideen.

Die internationale Vernetzung dient jedoch nicht »nur« dem einseitigen Ideologietransfer. Gerade die polnische Schocktherapie (und ihr »Erfolg« im Vergleich zu weniger radikalen Transformationskonzepten) wird von Marktradikalen auf der ganzen Welt als Beispiel für die Durchsetzung der Marktvernunft verkauft.

Daneben haben die internationalen Kontakte einen vielfältigen Nutzen für die neoliberalen Netzwerke in Polen. Schon allein die Konzeption von Think Tanks ist eine Anleihe an westliche Modelle und nimmt gelegentlich auch explizit darauf Bezug. Wie zum Teil oben schon deutlich wurde, sind diese Institute gerade in den Anfangsjahren massiv aus dem Ausland finanziert worden, teils gezielt von Institutionen des neoliberalen Netzwerkes, teils mit Geldern verschiedener westlicher Regierungen, die damit den Übergang zu »Demokratie und Marktwirtschaft« und die Herausbildung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft unterstützen wollten. Daneben sind die internationalen Kontakte auch eine Prestige-Ressource, und auch die Möglichkeiten, den eigenen Mitarbeitern Auslandsaufenthalte zu vermitteln, erhöhen die Attraktivität der Institute für den Nachwuchs. Einer der wichtigsten Bereiche für diese internationalen Vernetzungen, der aber auch mit am schwersten zu untersuchen ist, ist die Koordination der neoliberalen Anstrengungen im Bereich der internationalen/europäischen Integration. Hier greifen die Strategien und Interessen ausländischer und polnischer Neoliberaler eng ineinander, die so ihre Forderungen und Politiken gegenseitig absichern können: Die Übertragung der neuen Regulationsmodi des Lockean Heartland (van der Pijl) als selbstregulierte Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn es eine genügend starke Strömung im Land selbst gibt, die sich dieses Ziel zu eigen macht. Diese wiederum nutzt den Rückhalt des »Sachzwanges« EU-Erweiterung für die Durchsetzung gesellschaftlich durchaus umstrittener Reformprojekte.

Der soziale Widerstand äußert sich an einzelnen Konflikten (Landwirtschaft, Gesundheitswesen) und auch in immer wieder wachsender Skepsis zum Beispiel am EU-Projekt. Er findet bisher jedoch nicht zu einer wirklichen Gegenbewegung (wozu ihm auch offensichtlich die Partner jenseits der polnischen Grenzen fehlen). Dennoch wird er – und die von ihm erzwungenen politischen Korrekturen – von Neoliberalen wie dem eingangs zitierten Donald Tusk für die vorhandenen Probleme (die niemals als Verteilungsprobleme, sondern vor allem als Probleme mangelnder Rechtssicherheit und eines überdimensionierten schlecht funktionierenden Staates dargestellt werden) verantwortlich gemacht, nach dem Muster »der Neoliberalismus kann nicht schuld sein, denn den wahren Neoliberalismus habt ihr noch gar nicht gesehen.« Das kann durchaus auch als Drohung aufgefasst werden, denn Tusk wird unter anderem auch mit der Äußerung zitiert, er ziehe einen Kapitalismus ohne Demokratie einem demokratisch gewählten Sozialismus vor, wobei er sich durchaus positiv auf Franco und Pinochet bezieht.

Neoliberale Fanatiker wie Tusk werden dauerhaft immer wieder enttäuscht werden. Die Welt, auch die polnische Transformation, funktioniert einfach nicht according to Hayek. Das hindert die pragmatischen Teile der selbst

ernannten liberalen Konterrevolution in Polen bisher jedoch nicht an der weiteren Verfolgung ihrer Ziele.

Fussnoten

- 1 Zwei Einschränkungen gleich zu Beginn:
Erstens: Der Begriff des Neoliberalismus kann hier nicht ausführlich diskutiert werden. Zum neoliberalen Spektrum werden im vorliegenden Text Institutionen und Personen gerechnet, die sich selbst so bezeichnen oder die sich positiv auf die Vordenker des Neoliberalismus wie Milton Friedman, Friedrich A. von Hayek u.a. beziehen. Inhaltlich können die starke Betonung individueller (ökonomischer) Freiheit (methodologischer Individualismus und Unterstellung des Menschen als Nutzen-maximierer homo oeconomicus) in Verknüpfung mit Privateigentum sowie die Forderung nach uneingeschränktem Wirken von Markt, Konkurrenz und freiem Unternehmertum, die Kritik am Staat als (Um) Verteilungsinstanz/Sozialstaatsfeindlichkeit und seine funktionale Beschränkung auf den Rechtsstaat als Elemente der Einordnung dienen.
Zweitens: Eine umfassende Einschätzung der polnischen Transformation kann und will das Papier nicht leisten. Es soll vielmehr Entstehung und Institutionalisierung des polnischen Neoliberalismus beleuchten.
- 2 Bronisław Łagowski: *Liberalna kontrrewolucja*, CAS, Warszawa 1994.
- 3 Donald Tusk: *Toast za naiwność. Czy z Gdańska popłynie druga fala liberalizmu?* In: *wprost*, Nr. 837, vom 13. Dezember 1998, vgl. [http://195.94.213.117/12.13.1998\(837\)/s30.htm](http://195.94.213.117/12.13.1998(837)/s30.htm)
- 4 Vgl. »Das bisherige System funktioniert nicht« in: die tageszeitung: *Polen – »Euch den Winter, uns den Frühling«*, Berlin o. J. (vermutlich 1982) S. 54ff.
- 5 Donald Tusk (1991): *Przedmowa*, in: Janusz Lewandowski: *Neoliberalowie wobec Współczesności*, Gdynia, Wydawnictwo Atext, S. 5 (Übersetzung aus dem Polnischen hier und in folgenden Zitaten von mir G.N.).
- 6 Vgl. die erste Erklärung der Gruppe, dokumentiert vom Adam-Smith-Zentrum unter <http://www.adamsmith.pl/ocentrum/akcja/html> (zitiert am 12. Oktober 2000)
- 7 Vgl. www.adamsmith.pl/ocentrum/os2.html (zitiert am 12. Oktober 2000).
- 8 Vgl. *Financial Times*, Wed. February 8 1989, <http://www.adamsmith.pl/ocentrum/ft.1.html>
- 9 Karol Modzetewski: *Dokład od komunizmu*, Warszawa 1993, S. 27ff. (Übersetzung – G.N.) Dennoch bleibt festzuhalten, daß jede andere Politik wesentlich mehr Schwierigkeiten damit gehabt hätte, vom IWF (und anderen westlichen Kreditagenturen) akzeptiert zu werden – angesichts einer Außenverschuldung von 49 Milliarden US-Dollar (1991) kein schwaches Argument. Auch die Schuldenumstrukturierung und teilweise Streichung für Polen 1991 war von den westlichen Geldgebern eindeutig politisch motiviert, um den Erfolg des Modell-Transformationslandes Polen abzusichern.
- 10 Inzwischen ist auch ein entsprechendes Buch erschienen: Jacek Fedorowicz: *Wielka Encyklopedia Kapitalizmu* (CAS), Warszawa 1997.
- 11 Zur Mont-Pèlerin- Society vgl. Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus*, in: *Prokla* Nr. 115, Juni 1999, sowie Projektgruppe »Buena Vista Neoliberal?« (Dieter Plehwe, Bernhard Walpen, Jürgen Nordmann): *Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation*, <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Stiftung/Bereiche/Forschung/index.htm>.
- 12 <http://www.case.com.pl/naszahis/his.html> (zitiert am 30. Oktober 2000).
- 13 Unter anderem erhielt Balcerowicz 1992 den Ludwig-Erhard-Preis der gleichnamigen Stiftung, wurde von Euromoney zum Finanzminister des Jahres 1998 ernannt, wurde 1999 mit dem »Transatlantic Leadership Award« ausgezeichnet und erhielt den internationalen »Friedrich-August-von-Hayek-Preis« 2000. NEUNHÖFFER *Neoliberalismus in Polen* 319
- 14 <http://www.platon.manlublin.pl/~ilk/info.htm> (zitiert am 15. Oktober 2000).
- 15 <http://www.acton.org/institute/index.html> (zitiert am 20. Februar 2001)
- 16 Das hindert fanatische Katholiken jedoch nicht daran, die Redakteure der Zeitung bei anderer Gelegenheit wegen eines angeblich blasphemischen Titelbilds als Bolschewisten und Sowjets zu beschimpfen.
- 17 Angesichts der Gegenwehr verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen konnten diese Grundsätze jedoch nicht in ihrer ganzen Radikalität umgesetzt werden.
- 18 Mittels einer solchen Analyse gerät man auch politisch-praktisch schnell in die Nähe national-populistischer Kreise, die den Ausverkauf Polens und seiner national-katholischen Werte an den westlichen »Liberalismus« (in Form emanzipatorischer Bewegungen) und ans kosmopolitische Kapital beklagen.
- 19 Polens großes Lexikon des Kapitalismus, *Handelsblatt*, vom 30. April/1. Mai 1999, S. 11-20 Jeffrey Sachs: *Poland's Jump in the Market Economy*, Cambridge/London 1993, p. 5.
- 21 Hans-Georg Fleck, Ryszard Kolodziejczyk (Hg.): *Liberale Traditionen in Polen*, Warschau 1994.

Literatur

- CIPE, Center** for International Private Enterprise (1996): *Invigorating Democracy: Think Tanks in Central Europe. International Comparison and Practical Tools*, Washington D.C.
- Fedorowicz, Jacek** (1997): *Wielka Encyklopedia Kapitalizmu*, (CAS), Warszawa.
- Fleck, Hans-Georg, Ryszard Kolodziejczyk**, (1994, Hg.): *Liberale Traditionen in Polen*, Warschau.
- Karol Modzel/ewski** (1993): *Dokład od komunizmu*, Warszawa.
- Łagowski, Bronisław** (1994): *Liberalna kontrrewolucja*, (CAS), Warszawa.
- Lewandowski, Janusz** (1991): *Liberalowie wobec współczesności*. Wydanie drugie, Gdynia.
- Plehwe, Dieter/Walpen** Bernhard (1999): *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus*, in: *Prokla*, Nr. 115, Juni 1999, S. 203-235.
- Projektgruppe »Buena Vista Neoliberal?«** (Dieter Plehwe; Bernhard Walpen; Jürgen Nordmann): *Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- beziehungsweise Rechtsliberale Intellektuellen und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation*, <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Stiftung/Bereiche/Forschung/index.htm>
- Sachs Jeffrey** (1993): *Poland's Jump in the Market Economy*, Cambridge/ London.
- Struyk, Raymond J.** (1999): *Reconstructive Critics. Think Tanks in Post-Soviet Bloc Democracies*, Washington D.C.
- Szacki, Jerzy** (1995): *Liberalism after Communism*, Budapest, London, New York.

Mit Hungerrevolten zur EU-Osterweiterung

Massive Roma-Proteste in der Slowakei gegen Kürzungen der Sozialhilfe

Wenige Wochen vor dem Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union wird das Land von einer Unruhwelle erschüttert. Seit Freitag kommt es in verschiedenen ostslowakischen Städten und Dörfern zu Demonstrationen und zur Plünderung von Supermärkten und Lebensmittelgeschäften durch Roma. Sprecher der Minderheit erklärten, es handle sich um eine Antwort auf die Kürzungen von Sozialhilfe, die Teil der Sozialreformen sind, mit denen der EU-Beitritt durch das gegenwärtige Kabinett vorbereitet wird. Für den heutigen Mittwoch wurde zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen. Angedroht wurden Grenzblockaden, ein Schulboykott sowie eine Massendemonstration vor dem Regierungssitz in Bratislava.

Nach Medienberichten plünderten Hunderte Roma Geschäfte u. a. in Drahnovce, Cierna nad Tisou und Trhoviste, wobei es zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Innenminister Vladimir Palko flog am Dienstag in das Gebiet, nachdem der slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster vor einer Welle sozialer Unruhen gewarnt hatte. Er machte in einer Erklärung am Dienstag drastische Kürzungen der Sozialhilfe für die Spannungen verantwortlich: »Niemand bezweifelt die Notwendigkeit von Reformen. Aber ihr Ausmaß, ihre Geschwindigkeit und die Koordination sind fraglich.« Schuster ermahnte die Regierung, die soziale Situation in der Slowakei drei Monate vor dem EU-Beitritt nicht zu unterschätzen. Die Roma forderte er auf, keine gewalttätigen Proteste zu organisieren, die öffentliche Ordnung nicht zu gefährden und nicht zu stehlen.

Die slowakische Regierung bemüht sich seit längerem, vor Beginn der EU-Mitgliedschaft Spitzenleistungen des neoliberalen Deregulierungswahns abzuliefern. Durch die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 19 Prozent zu Beginn des Jahres wollte sie das Land zum »Hongkong der EU« machen. Erreicht wurde insbesondere durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent eine massive Verschlechterung der Lebenslage von Normalverdienern, Rentnern und Arbeitslosen. Im Februar war damit begonnen worden, die Sozialhilfe um bis zu 50 Prozent zu kürzen. Damit sollten, wie Arbeitsminister Ludovit Kanik vor kurzem erklärte, Langzeitarbeitslose dazu bewegt werden, sich Arbeit zu suchen. Einzelpersonen sollen nur noch 1 450 Kronen (umgerechnet 35,7 Euro) statt bisher 2 900 Kronen als Sozialhilfe erhalten, Familien maximal 4 210 Kronen. Bisher gab es für jedes Kind bis zu 1 600 Kronen extra. Die Kürzungen hatten in der Ostslowakei, wo zahlreiche Roma leben, verheerende Folgen. Die Arbeitslosenrate beträgt in der Region nahezu 100 Prozent. Roma stellen mit etwa neun Prozent der 5,4 Millionen slowakischen Einwohner nach den Ungarn die zweitgrößte Minderheit.

Seit dem Ende des Sozialismus 1990 haben sich die Lebensbedingungen der Roma in der Slowakei erheblich verschlechtert. Erst kürzlich kritisierte die OECD, daß ihnen

der Zugang zum Arbeitsmarkt nach dem Zusammenbruch der Industrie durch Vorurteile in der Bevölkerung praktisch verwehrt sei. Nach jüngsten Schätzungen soll ein Drittel der Roma unter »Dritte-Welt«-Bedingungen in isolierten Siedlungen ohne Wasser, Kanalisation, Strom und andere kommunale Dienste leben. Die slowakische Regierung betet gegen solche Fakten das neoliberale Mantra des internationalen Sozialdarwinismus. Sie machte sich die These zu eigen, mit der Kürzung der Sozialhilfe und der gleichzeitigen Steuersenkung würde die Schwarzarbeit, der zahlreiche Roma nachgingen, beendet. Im übrigen bestehe die Not der Roma darin, daß die sozialen Unterstützungen direkt zur Tilgung von Schulden bei Wucherern verwendet würden. Am Wochenende behauptete ein slowakischer Regierungssprecher, die Roma seien lediglich von Wucherern »bis zur Hysterie« aufgewiegelt worden.

Dagegen erklärte der Roma-Abgeordnete im slowakischen Parlament Ladislav Fizik am Montag: »Die Demonstranten werden nicht um Sozialhilfe bitten, sondern um Arbeitsplätze.« Die Kabinettsbeauftragte für die Roma, Klara Orgovanova, bezeichnete die Haltung des Kabinetts und speziell des Arbeitsministers als »unmenschlich«. Sie erklärte, die Roma seien motiviert, aber für sie gebe es keine Jobs.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Tageszeitung Junge Welt vom 25.2.2004. Wir danken der Redaktion für die Erlaubnis zum Wiederabdruck.



Slowakei: Die jungen Wilden

Von Christoph Thanei

Christoph Thanei ist Korrespondent der Prager Zeitung in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Dieser Artikel erschien zuerst am 18.2.2004 in der in Prag erscheinenden deutschsprachigen Wochenzeitung Prager Zeitung. Wir danken Redaktion und Autor für die Erlaubnis zum Wiederabdruck. Die Prager Zeitung im Internet: <http://www.pragerzeitung.cz>

1 Anmerkung der Redaktion: Mesa 10 wird auch von der CDU-nahen Konrad Adenauer Stiftung finanziert. Im Jahr 2002 erhielt es 8% seiner gesamten Haushaltsmittel von dieser Stiftung. Klagen von Unionspolitikern über das Steuerdumping in den Beitrittsstaaten wären glaubwürdiger, wenn sie die Protagonisten dieser Politik nicht gleichzeitig mit millionenschweren Begünstigungen fördern würden. (Quelle: <http://www.mesa10.sk/en/on/VS2002.pdf> letzte Seite)

H

inter den radikalen Reformen stehen Politiker, die ihr Handwerk nach der Wende gelernt haben.

Jung ist nicht nur der Staat. Jung sind auch diejenigen, die Wirtschaft und Gesellschaft der Slowakei bewegen. Dass Pavol Rusko als slowakischer Wirtschaftsminister mit gerade erst 40 Lebensjahren schon zu den mächtigsten Politikern des Landes zählt, ist noch nichts Ungewöhnliches. Schon gar nicht unter den Bedingungen der ehemals realsozialistischen Transformationsländer, deren schneller ökonomischer Wandel die ideale Basis für schnelle Karrieren bildet.

Der ehemalige TV-Chef

Eher schon ungewöhnlich ist, dass der Mann in diesem Alter seine erste große Karriere bereits hinter sich hat. Mit nicht viel mehr als dreißig Jahren hatte er nämlich 1995 das heute unangefochten stärkste und politisch einflussreichste Medium gegründet: Der Fernsehsender TV Markiza stellte schon kurz nach Sendestart alle anderen TV-Stationen der Slowakei in den Schatten und erreichte auf Anhieb mehr Zuschauer als beide staatlichen Programme zusammen. Andererseits steht Rusko aber bis heute im Verdacht, als Markiza-Chef unsaubere Geschäftsmethoden angewandt zu haben. Mit diesem Medium in der Hand konnte Rusko die Politiker des Landes wie Marionetten nach seinem Willen tanzen lassen. Die meisten Beobachter meinen, dass Rusko als Fernsehdirektor auch politisch wesentlich stärker war als in seiner jetzigen Regierungsposition. Mit dem Sender und einigen Zeitungsbeteiligungen trug der ehemalige Sportredakteur wesentlich zur Wahlniederlage der Rechtsregierung unter Vladimír Mečiar bei. Für die Wahlen im September 2002 gründete Rusko schließlich eine eigene Partei namens Ano, die er großteils aus eigener Tasche finanzierte. Dafür und um den Vergleich „slowakischer Berlusconi“ endlich los zu werden, verkaufte er seine Markiza-Anteile. So verlor er viel von seinem politischen Einfluss.

Der Draufgänger

Zwei Jahre jünger als Rusko ist Arbeits- und Sozialminister Ludovít Kaník. Und auch er hat schon ein großes Stück Karriere hinter sich. Zwischen Funktionen im Privatisierungsmministerium und der Privatwirtschaft wechselnd wurde er rasch zu einer Symbolfigur für die neuen Erfolgreichen und die ihnen als typisch zugeschriebenen Eigenschaften: geschickt und nicht gar zu zimperlich in der Wahl der Methoden. Eine sozialdemokratische Jugendorganisation titulierte ihn zur Jahrtausendwende als den Politiker des Landes mit der größten Zahl an Firmenbeteiligungen. Nur ein Jahr hielt er sich 1998/99 an der Spitze des nationalen Vermögensfonds (FNM). Da es damals noch beträchtliches Staatsvermögen zu privatisieren gab, galt die Funktion des FNM-Präsidenten als eine der wirtschaftspolitisch mächtigsten überhaupt.

Diese verantwortungsvolle Machtposition mit einem nicht viel mehr als 30 Jahre alten Draufgänger zu besetzen, war an sich schon eine politisch umstrittene Entscheidung. Noch umstrittener war, wie Kaník seine Aufgabe erfüllte. „In nur einem Jahr gelang es ihm, die umstrittensten Privatisierungsfälle der Vorgängerregierung zu korrigieren“, lässt sich der nunmehrige Sozialminister in seiner auf der Homepage seines Ministeriums veröffentlichten Biografie loben. Minis-

terpräsident Mikuláš Dzurinda sah das damals anders und warf all sein politisches Gewicht gegen die Koalitionspartner in die Waagschale, um Kaník abzusetzen. Offizielle Begründung Dzurindas damals: Kaník habe die Regierung „nicht ausreichend über Privatisierungsschritte informiert“. Um den FNM-Chef loszuwerden, musste Dzurinda aber zugleich auch den ihm nahe stehenden damaligen Wirtschaftsminister opfern, der mit Kaník in Konflikt geraten war. Es blieb den Medien überlassen, darüber zu spekulieren, wer von beiden im größeren Verdacht stand, sich persönlich bereichert oder Freunde bei Privatisierungsprojekten bevorzugt zu haben. Kaník ist nun für die international beachteten slowakischen Sozialreformen zuständig. Völlig umgekrempelt hat er unter anderem das Arbeitsgesetz und damit den gesamten Arbeitsmarkt. Im völlig neu organisierten Rentensystem setzt er auf mehr Eigenvorsorge, statt blindem Vertrauen auf staatliche Alterssicherung. Liberale Ökonomen zollen diesen radikalen Schritten Bewunderung, inländische Gewerkschaften reagieren entsetzt. Und sie beginnen sich immer mehr auf ein neues Feindbild einzuschließen: Hinter dem jungen Minister stehen noch jüngere Berater. „Noch keine Lebenserfahrung, aber schon für die Reform des Rentensystems zuständig“, lautet eine Kritik an den „Machern“ der slowakischen Mega-Reformen.

Die Kadenschmiede

Nach einem der Hauptkonzipienten der Reformen, dem zu Kaníks Ressort gehörenden Staatssekretär Miroslav Beblavý, sprechen gewerkschaftsnahe Liberalisierungskritiker von einer „Beblavisierung“ der slowakischen Politik. Der erst 27-jährige Beblavý hatte sich nach erfolgreichem Studium und Auslandsaufenthalt in Großbritannien und den USA im Beraterteam von Finanzminister Ivan Mikloš mit radikalliberalen Wirtschaftskonzepten einen Namen gemacht, ehe er ins Sozialressort wechselte. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so auffällige Karrieren wie Beblavý weist auch eine Reihe weiterer federführender slowakischer Reformer auf. Die tschechischen „Lidove noviny“ (LN) widmeten ihnen im Februar einen ausführlichen Artikel ihres slowakischen Mitarbeiters Michal Friš, der seine Aufmerksamkeit vor allem auf das jugendliche Alter der Protagonisten richtete: Die Mehrheit der Reform-Macher sei unter dreißig, schrieb die LN. Martin Chren, der neben Beblavý zu den Hauptverantwortlichen für die Rentenreform gehöre, sei gar erst 22, und auch die ebenfalls in einem fünfköpfigen Team für die neue Alterssicherung zuständigen Intellektuellen Martin Thomay und Marek Jakoby seien noch unter 25. Auch Gesundheitsminister Rudolf Zajac habe sich eine Gruppe von gerade erst selbst mit dem Medizinstudium fertig gewordenen „jungen Wilden“ wie Tomáš Szalay geholt, um das Gesundheitswesen für die Marktwirtschaft fit zu machen.

Beblavý und die meisten anderen slowakischen Reformer kommen wie Finanzminister Ivan Mikloš aus liberalen „Think tanks“ wie „Mesa10“ (1). Der inzwischen 43-jährige Mikloš war in den 90er Jahren selbst Präsident von „Mesa10“ und wurde schon mit 30 Privatisierungsminister. Nach Oppositionsjahren, in denen er - wie später Kaník - auch Parteichef der Partei DS war, kehrte er 1998 als Vizepremier für Wirtschaft in die Regierung zurück und umgab sich von Anfang an mit noch Jüngeren aus dem Umfeld von

NGO's wie eben „Mesa10“. Die slowakische Öffentlichkeit ist in der Beurteilung der „jungen Wilden“ gespalten, wie beispielsweise Leserbriefe an die Tageszeitungen zeigen: Die einen halten es für selbstverständlich, dass jene Generation wie in der Privatwirtschaft das Ruder übernimmt, die ihr Studium nicht mehr im Kommunismus, sondern nach der Wende und somit nach marktwirtschaftlichen Kriterien absolvierte. Die anderen werfen den jungen Reformern vor, für Dinge verantwortlich zu sein, von denen sie noch nichts verstehen können.

NABU und BirdLife warnen vor Rückgang biologischer Vielfalt

Presseerklärung vom 19.1.2004

Im Internet zu finden unter www.NABU.de
ots Originaltext: NABU
Digitale Pressemappe:
<http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6347>
Für Rückfragen und Interviewanfragen:
Johanna Theunissen
NABU-PressereferentIn
0162-7283319.

Berlin (ots) – Der Naturschutzbund NABU und sein europäischer Dachverband BirdLife International haben heute vor einem dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt im Zuge der Einführung der europäischen Agrarpolitik in den EU-Beitrittsstaaten gewarnt. „Sollte die EU-Agrarpolitik in den neuen Mitgliedstaaten unverändert übernommen werden, ist ein Zusammenbruch wichtiger Populationen europaweit gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu befürchten“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke am Rande einer gemeinsamen Veranstaltung auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

In einer aktuellen Studie habe BirdLife nachgewiesen, dass die Bestände vieler in Europa vorkommender Feldvogelarten wie Feldlerchen, Kiebitze oder Goldammern seit 1980 als Folge der intensiven Landwirtschaft bereits um 30 Prozent zurück gegangen sind. Dieser Negativtrend könne den mittel- und osteuropäischen Staaten noch bevorstehen. NABU und BirdLife appellierten daher an die Europäische Union und ihre Beitrittsländer, die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes sowie der ländlichen Entwicklung zum Kern der zukünftigen Agrarpolitik auszubauen. „Anstatt um Milchquoten und Ausgleichszahlungen zu feilschen, sollen die neuen Mitglieder die Chancen der ländlichen Entwicklung zum Erhalt von Landwirtschaft und Umwelt stärker nutzen“, sagte Tschimpke.

„Seit mehr als drei Jahrzehnten wird die biologische Vielfalt in der EU durch die EU-Agrarpolitik systematisch vernichtet“, sagte Graham Wynne, Chief Executive der britischen Royal Society for the Protection of Birds (RSPB). Am Vorkommen bestimmter Vogelarten könne man die Außengrenzen der Länder der Gemeinsamen Agrarpolitik festlegen. „Daher müssen die Beitrittsländer die Lehren aus dieser Politik ziehen“, so Wynne.

„In Polen kommen zur Zeit fast 20 Prozent der europäischen Bestände von Weißstorch, Rebhuhn und Kiebitz vor“, erklärte Przemek Chylarecki, Präsident von BirdLife in Polen (OTOP). Wenn die umweltgerechte Landwirtschaft nicht stärker gefördert würde, gäbe es nicht viel Hoffnung für die biologische Vielfalt in Polen.

EU-Osterweiterung:

Agrargewerkschaften wollen gemeinsam besseres Europa

Pressemitteilung der IG BAU vom 21.1.2004

verantwortlich:
Michael Knoche, Pressesprecher der IG BAU:
Tel. 069 - 95 73 71 35
IG Bauen-Agrar-Umwelt
– Bundesvorstand -
Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt a. Main
Tel.: 069 - 95 73 71 35
Fax: 069 - 95 73 71 38
E-Mail: presse@igbau.de
www.igbau.de

Berlin, 21.01.2004 - Die Anpassung von Steuern und Löhnen nach unten darf nicht zum Prinzip der EU-Osterweiterung erhoben werden. Das meinte bei einem Treffen der deutschen IG Bauen-Agrar-Umwelt mit den Vorsitzenden der Agrargewerkschaften aus Dänemark, Frankreich, Italien, Polen, Tschechien und Ungarn am Rande der „Grünen Woche“ in Berlin der IG BAU-Vize Hans-Joachim Wilms.

Das Minimalprinzip sei jedoch längst Praxis im alten Europa. Beispiel Landwirtschaft: Jährlich 300.000 vorwiegend polnische Arbeitnehmer arbeiten für durchschnittlich 5,40 EUR pro Stunde in deutschen Betrieben. Damit stehen sie an drittletzter Stelle in Europa. „Und es ist eine Frage der Zeit, wann dieser Durchschnitt noch unterboten wird“, sagte Wilms, der für eine neue Mindestlohnregelung für Saisonarbeiter eintritt. Nach Ansicht des stellvertretenden IG BAU-Vorsitzenden darf der Binnenmarkt nicht in der Weise reguliert werden, dass immer nach dem für die Arbeitnehmer ungünstigsten Prinzip gehandelt wird.

Das gelte für Löhne ebenso wie für eine breite Palette sozialer Standards. „Die EU-Kommission selbst kann dem verführerischen Drang zur Anpassung nach unten auch nicht widerstehen“, kritisierte Wilms. Würde die von ihr geplante Richtlinie über die Erbringung von Dienstleistungen nationales Recht, verlöre der deutsche Zoll faktisch die Möglichkeit zur Kontrolle der Mindestlöhne und der Einhaltung von Arbeitsbedingungen. Und das wäre bei der ohnehin schon katastrophalen Lage in der deutschen Bauwirtschaft ein Drama.

„Dumpinglöhne und Illegalität europäisch gefördert“, so Wilms, „soweit dürfen wir es nicht kommen lassen.“ Er rief die künftigen EU-Mitglieder dazu auf, nicht selbst den Ausverkauf des sozialen Europa herbeizuführen. „Einfach nur gemeinsam in einer Farbe auf der politischen Landkarte zu erscheinen, das ist zu dürftig. Die Menschen wollen ein lebenswertes, soziales Europa“.

Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der eu-ag von Attac-Deutschland.

Verantwortlicher Redakteur:

Stephan Lindner (V.i.S.d.P.),
c/o attac-netzwerk
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt

<http://www.attac.de>

Design und Lay-Out:

Horst Eberlein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder, sondern nur die Meinung der Autorinnen und Autoren.

Kontakt: eu-ag@attac.de

WWW: <http://www.attac.de/eu-ag>

Beiträge von Außenstehenden und Mitgliedern von Attac zum Thema Europäische Union sind jederzeit herzlich willkommen. Die Redaktion ist offen. Der Rundbrief wird vor Veröffentlichung in der EU-AG diskutiert.

Was steht an in Europa?

Von Thorben Albrecht

Im Jahr 2004 ist viel in Bewegung. Die Europäische Union wird erweitert, eine Verfassung diskutiert, das Europäische Parlament neu gewählt und eine neue EU-Kommission eingesetzt. Bei allen Weichenstellungen stellt sich die Frage, ob es gelingt, das europäische Sozialmodell zu stärken.

Ist die europäische Integration nur die Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln? Bedeutet Europa die Entgrenzung von Märkten, Liberalisierung, Deregulierung? Oder bietet Europa die Chance, die Globalisierung zu gestalten und politische Regulierung auf europäischer Ebene zu ermöglichen, wo der einzelne Staat dazu nicht mehr in der Lage ist? Diese Fragen spielen bei der Debatte um eine Europäische Verfassung ebenso eine Rolle wie bei der Ausrichtung der europäischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Zentrales Anliegen für die Gewerkschaften ist dabei der Erhalt und die Stärkung des europäischen Sozialmodells. Denn bei allen Unterschieden zeichnet es die europäischen Staaten aus, dass sie sozialstaatlich verfasst sind. Sie weisen ein hohes Maß an sozialem Schutz für ihre Bürgerinnen und Bürger auf, staatliche Leistungen sichern Infrastruktur und Versorgung mit gesellschaftlichen Grundgütern, und die abhängig Beschäftigten verfügen über Teilhaberechte. Gleichzeitig sind die europäischen Staaten sehr wettbewerbsfähig. Hohe Exportzahlen bestätigen die Qualität und Produktivität der europäischen Industrie und Dienstleistungen. Und trotz ihres hohen sozialen Niveaus verzeichnet die Euro-Zone einen Leistungsbilanzüberschuss, während beispielsweise die USA ein massives Defizit aufweisen. Dieses Wirtschafts- und Sozialmodell muss daher im Mittelpunkt stehen, wenn über die Zukunft der Europäischen Union (EU) diskutiert wird. In der Debatte um die Verfassung sollen die Grundlagen der EU, also gemeinsame Werte und Ziele, definiert werden. Im Entwurf des Konvents heißt es, die Union strebe eine Gesellschaft an, »in der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen«, und mache sich eine im »hohen Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft« zur Aufgabe. Ebenso ist der »soziale Schutz« in den Zielkatalog aufgenommen – allerdings kein »hoher sozialer Schutz« wie von den Gewerkschaften gefordert. Dagegen wird nun Vollbeschäftigung angestrebt, während in den Verträgen bislang nur von einem »hohen Beschäftigungsniveau« die Rede ist. Insgesamt führen diese Formulierungen zu einem halbherzigen Bekenntnis zu einem sozialen Europa – das aber gegenüber der bisherigen Wettbewerbsorientierung ein Fortschritt ist.

Charta der Grundrechte

Eine wesentliche Forderung ist die verfassungsmäßige Verankerung der Charta der Grundrechte. Diese enthält neben Freiheits- und Gleichheitsrechten auch soziale Grundrechte. Dazu gehören das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, das Recht der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung, sowie das Recht, Tarifverträge auszuhandeln und bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen einschließlich Streiks zu ergreifen. Weitere soziale Grundrechte umfassen gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz bei unge-

rechtfertigter Entlassung, Anspruch auf Elternurlaub, das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Dass diese Charta nun im Konventsentwurf als zweiter Teil der Verfassung – und nicht wie zwischenzeitlich diskutiert als angehängtes Protokoll – aufgenommen wurde, ist ein wichtiger Fortschritt. Vor allem, da die Artikel, die die Grundrechte beschreiben, unverändert übernommen wurden. Es dokumentiert die Weiterentwicklung der EU von der reinen Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft und sollte durch die anstehenden Regierungsberatungen nicht in Frage gestellt werden. Eine besondere Rolle im europäischen Modell kommt dem Sozialen Dialog zu, in dem Arbeitgeber und Gewerkschaften viele Fragen gemeinsam und ohne staatliche Eingriffe regeln: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die europäischen Arbeitgeberverbände handeln Vereinbarungen aus, die dann als Richtlinien von der Kommission oder von den Sozialpartnern selbst in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dabei geht es beispielsweise um Elternzeit, Regelungen zu Teilzeitarbeit oder zur Telearbeit. Im Verfassungsentwurf wird die Rolle der Sozialpartner anerkannt und die Union zur Förderung des Sozialen Dialogs unter Achtung der Autonomie der Sozialpartner verpflichtet. Wenn er so verabschiedet wird, wäre das ein Schritt zum sozialen Europa.

Daseinsvorsorge

Kontrovers und kompliziert wird auf europäischer Ebene über »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« debattiert, die in Deutschland häufig auch als »Daseinsvorsorge« bezeichnet werden. Wegen der starken Verankerung des Wettbewerbs in den europäischen Verträgen geraten öffentliche oder öffentlich regulierte Dienstleistungen wie Mobilität, Gesundheitsschutz, Versorgung mit lebenswichtigen Grundgütern wie Energie und Wasser oder Post- und Telekommunikationsdienste unter den Druck der Privatisierung und Deregulierung. In der Verfassung sollte es dazu ein klares Gegengewicht durch ein Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge geben – allein schon, um einen Ausgleich zu den Bestimmungen des Wettbewerbsrechts zu gewährleisten, die bereits jetzt in die nationalen Kompetenzen eingreifen. Durch europäische Gesetze könnten klare Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dabei sollten grundlegende Definitionen ausgearbeitet werden, die den Gebietskörperschaften Handlungsmöglichkeiten zurückgeben. Dadurch würde das Subsidiaritätsprinzip gewahrt, Qualitätsverbesserungen und Anpassungen an Veränderungen ermöglicht und gleichzeitig die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse geschützt.

Koordinierte Wirtschaftspolitik

Im Frühjahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Die EU soll bis 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt« werden. Angestrebt ist »ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt«. Leider sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Die Koordination der wirtschaftspolitischen Akteure auf beiden Ebenen, also innerhalb der EU und in den Mitgliedsstaaten, funktioniert in der Praxis nur unzureichend und muss verbessert werden. Auch die

Der Autor arbeitet im Referat für europäische Gewerkschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB. Dieser Artikel erschien zuerst in soli-extra Frühjahr 2004, dem Newsletter der attac-Mitgliedsorganisation DGB-Jugend (<http://www.dgb-jugend.de/mediabig/3963A.pdf>). Wir danken Autor und Redaktion für die Erlaubnis zum Wiederabdruck.

Europäische Zentralbank muss ihren Beitrag leisten. Sie muss eine Politik für Wachstum und Beschäftigung durch einen veränderten Kurs in der Finanzpolitik aktiv begleiten und darf sie nicht durch eine zu rigide Geldpolitik abwürgen. Die Forderung nach einem europäischen Gesamtkonzept für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt gilt ganz besonders vor dem Hintergrund einer größeren EU. Mit dem 1. Mai 2004 sind zehn neue Mitgliedstaaten dabei – die sich in Wirtschaftskraft und Einkommensniveau nicht nur gegenüber den bisherigen EUStaaten sondern auch untereinander unterscheiden. Um den im Verfassungsentwurf geforderten »wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt« zu fördern, muss die EU dazu beitragen, die Lebensbedingungen in den Beitrittsländern zu verbessern und an das bisherige durchschnittliche Niveau anzugleichen. Das ist auch im Interesse der Arbeitnehmer in Deutschland, da nur so eine Lohn- und Kostenkonkurrenz vermieden werden kann. Ebenso wichtig ist es, den Sozialen Dialog in den Beitrittsstaaten zu unterstützen und Richtlinien wie jene zu Informations- und Konsultationsrechten und Europäischen Betriebsräten umzusetzen.

Ob es Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geben kann, muss nach dem Fortschrittsbericht der EU-Kommission sachlich entschieden werden. Für die Türkei gelten die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Beitrittskandidaten. Die dort und bei der Integration türkischstämmiger Menschen in Deutschland erreichten Fortschritte dürfen nicht durch populistische Debatten im Wahlkampf gefährdet werden.

Parlamentswahlen

Mit den Wahlen zum EP 2004 werden politische Richtungsentscheidungen in der dann erweiterten EU getroffen. Das Europäische Parlament bildet als direkte Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger das Gegengewicht zu den Regierungen, wenn es um europäische Richtlinien geht. Und diese haben in den verschiedensten Bereichen unmittelbare Auswirkungen auf das Leben und die Arbeitsbedingungen auch in Deutschland. Zwischen 60 und 70 Prozent der deutschen Gesetze haben ihren Ursprung inzwischen direkt oder indirekt in Europa. Bei der Wahl geht es deshalb um die Grundfrage, ob Europa als sozialer Raum gestaltet wird oder als bloßer Wirtschaftsraum mit möglichst marktliberaler Ausprägung. Nur die Verbindung von sozialen Prinzipien, Nachhaltigkeit und einer gemeinsamer Wirtschaft und Währung wird die europäische Identität stärken und weiterentwickeln. Mit einer solchen Kombination der vorhandenen Traditionen der europäischen Staaten kann es gelingen, Europa zu einem wegweisenden sozialen Modell in einer globalisierten Welt auszubauen, das sich erheblich von anderen Wirtschaftsräumen in Ostasien oder in Amerika unterscheidet.

EU-AG Kontrovers

Soll sich Attac der Kampagne für ein Referendum über die EU-Verfassung anschließen?

Nein zu einem Europa ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger!

Auch in Deutschland muss die EU-Verfassung einem Referendum unterzogen werden!

Von Annette Groth, Christoph Strawe

Der Konvent für die Zukunft Europas hat im Auftrag des Europäischen Rates nach rund eineinhalbjähriger Arbeit im Sommer letzten Jahres auf einem Ratsgipfel in Thessaloniki den Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa vorgelegt. Es war vorgesehen, dass die Ergebnisse des Konvents von einer Regierungskonferenz unter Beteiligung der Beitrittsländer - sie waren auch im Konvent bereits vertreten - endgültig beschlossen und dann noch vor den Europawahlen von den Regierungen unterzeichnet werden sollten. Der Unterzeichnung würde dann die Ratifizierung durch die Parlamente bzw. durch Volksabstimmungen folgen müssen. Denn die EU-Verfassung sieht weitreichende Änderungen der bestehenden EU-Verträge vor, die alles andere als nur eine Zusammenfassung der bestehenden Verträge darstellen. Änderungen der bestehenden Verträge müssen aber laut Art. 48 EUV von allen Mitgliedstaaten (ab dem 1. Mai mit den 10 Beitrittsländern 25 an der Zahl) nach ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden.

Eine breite Diskussion der Verfassung durch die Bürgerinnen und Bürger hat bis heute nicht stattgefunden. Zwar gab es einige Hearings und eine Internet-Debatte auf einer eigens eingerichteten Konvents-Seite. Dennoch fand der EU-Verfassungsgebungsprozess bislang im Wesentlichen

ohne wirkliche und direkte Beteiligung der Zivilgesellschaft statt und ging in der von den Medien bestimmten öffentlichen Diskussion gegenüber anderen Themen weitgehend unter. Umfragen besagen, dass eine große Mehrheit der BürgerInnen der EU - in Deutschland laut „Eurobarometer“ 92 Prozent - über die Verfassung in einem Referendum abstimmen wollen.

Ein Referendum über die EU-Verfassung wäre die wohl letzte Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion und den Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union zu beteiligen, aber auch die letzte Möglichkeit, sich gegen einzelne Inhalte der EU-Verfassung bzw. gegen den Entwurf der Verfassung als ganzen zu stellen.

Die Zeit drängt

Der eingangs skizzierte Zeitplan geriet zunächst durcheinander, weil der Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2003 scheiterte. Man hatte sich insbesondere in der Frage der sogenannten doppelten Mehrheit nicht einigen können. Die Folge dieses Scheiterns war, dass die beginnende öffentliche Diskussion über den Inhalt der EU-Verfassung sich im Wesentlichen auf das Problem der doppelten Mehrheit reduzierte. Dass sich die Staats- und Regierungschefs bereits über 99% des restlichen Inhalts des Verfassungsentwurfs geeinigt hatten, wurde dabei vielfach übersehen! Auf ihrem Frühlingsgipfel am 18./19. März in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs nun soweit verständigt, dass spätestens bis zum nächsten Regierungs-

PRO

gipfel am 17. Juni, also 4 Tage nach den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni, die endgültige Einigung erfolgt sein wird und damit der Unterzeichnung des Entwurfs nichts mehr im Wege steht. – Bis dahin bleibt nur noch wenig Zeit, um etwas zu bewegen!

Der Verfassungsentwurf stellt die Weichen falsch!

Der Verfassungsentwurf wird von großen Teilen der Zivilgesellschaft inhaltlich abgelehnt, weil einzelnen Positiva wie der Einklagbarkeit von Grundrechten und einem europäischen „Bürgerbegehren“, das im übrigen kein Bürgerentscheid ist, zahlreiche negative Punkte gegenüberstehen. In entscheidenden Fragen stellt der Entwurf die Weichen in die falsche Richtung.

So wird die Sozialbindung des Eigentums vernachlässigt und an zahlreichen Stellen finden sich Formulierungen, durch die eine einseitige neoliberale Wirtschaftspolitik Verfassungsrang erhalten soll. Der Entwurf öffnet die Türen zur Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors noch weiter als bereits bisher. In diese Richtung wirkt auch der Art. III/217, der die EU noch stärker auf die Politik der Welthandelsorganisation WTO festlegt. Über die Hintertür der Handelspolitik wird die vielbeschworene Subsidiarität eingeschränkt. Insgesamt droht eine auch verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Absenkung des Grundrechtsniveaus. Auch macht der Entwurf die Aufrüstung zur Pflicht, obwohl jetzt schon die Rüstung Millionen verschlingt, die dringend für soziale Aufgaben benötigt werden. Es ist ohnehin zu fragen, warum Handels- und Militärpolitik in einer Verfassung Regeln unterstellt werden.

Nur durch Referenden ist diese Weichenstellung noch korrigierbar!

Wegen dieser Inhalte des Entwurfs lehnen wir ihn ab und haben die Bundesregierung aufgefordert, ihn nicht zu unterzeichnen. Wir wissen, dass es FreundInnen in der Zivilgesellschaft gibt, die vorschlagen, nur einzelne Punkte der Verfassung aufs Korn zu nehmen und zu versuchen, sie zu verändern. Da sich alle Regierungen davor scheuen, den Inhalt des Textes der EU-Verfassungsentwurfs noch einmal in Frage zu stellen, wäre es unserer Meinung nach jedoch eine Illusion, irgendeine relevante Veränderung auf einem anderen Wege als dem des Referendums erreichen zu wollen. Jeder Versuch, die Staats- und Regierungschefs zu grundlegenden Änderungen zu veranlassen, läuft unserer Meinung nach ins Leere.

Warum kommen wir zu dieser Auffassung?

Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs ist das Ergebnis des Ratifikationsverfahrens entscheidend für die Beantwortung der Frage, ob die EU-Verfassung Wirklichkeit wird. Bei der Ratifikation ist die Zustimmung aller 25 Mitgliedstaaten erforderlich.

Der EU-Verfassungsentwurf sieht in der Erklärung für die Schlussakte über die Unterzeichnung Folgendes vor: „Haben nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Verfassung vier Fünftel der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert und sind in einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage“. Das würde bedeuten, dass die EU-Verfassung erst ernsthaft in Gefahr gerät, wenn sie in mehr als 5 Staaten nicht ratifiziert wird. Allerdings gäbe es auch dann schon ein riesiges Problem, wenn ein großes Land wie Frankreich NEIN sagen würde.

Da von den 25 Parlamenten dahingehend nur wenig „Gefahr“ ausgeht, ruhen die Hoffnungen auf den Referenden. Denn diese EU-Verfassung kann nur verhindert werden, wenn die BürgerInnen in einem Referendum NEIN! zu dieser

EU-Verfassung sagen, - und dies möglichst in mehr als einem Land! Davon müssen sie überzeugt werden.

Selbst dann allerdings bliebe Wachsamkeit Gebot. In der Vergangenheit konnte die Ablehnung von EU-Verträgen in einzelnen Staaten deren Inkrafttreten nicht verhindern. Durch sog. opt-ins oder opt-outs zu einzelnen EU-Politikbereichen oder durch eine zweite Abstimmung konnte sie korrigiert werden. Außerdem gäbe es noch die Option, auch auf der Verfassungsebene ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu verwirklichen, analog der Euro-Zone, der ja auch nicht alle EU-Länder angehören.

Rechtliche Voraussetzungen für einen Volksentscheid

In acht Staaten - Niederlande, Spanien, Portugal, Irland, Dänemark, Frankreich, Tschechien und Luxemburg - steht bereits fest, dass ein Referendum durchgeführt wird. In Irland ist es sogar zwingend vorgeschrieben. Eine Studie von „Democracy International“ und „Mehr Demokratie“ kommt zu dem Ergebnis, dass „außer Deutschland und Zypern alle 25 Mitglieds- und Beitrittsländer das Referendum in der Verfassung geregelt oder auch ohne verfassungsrechtliche Grundlage bereits nationale Volksentscheide in der Praxis erprobt bzw. angekündigt“ haben. (1)

Das Argument, dass in Deutschland für ein Referendum zunächst das Grundgesetz geändert werden müsse, spricht also für diese Änderung und nicht gegen das Referendum! Allerdings haben bisher einzig die FDP und die PDS einem solchen Grundgesetzänderungsantrag zugestimmt. Eine große Mehrheit aus Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und SPD hat einen entsprechenden Antrag am 6. November letzten Jahres im Bundestag aus verschiedensten Gründen abgelehnt. Die Basis von Bündnis

90/Die Grünen hat jedoch ihre Fraktion für dieses Abstimmungsverhalten gerügt und auf dem Dresdner Parteitag verlangt, eine andere Position einzunehmen. Eine Grundgesetzänderung erfordert eine 2/3-Mehrheit im Bundestag und -rat und wäre damit nur mit Zustimmung von Teilen der CDU/CSU zu erreichen. Die Kritiker der Europäischen Verfassung in der Union könnten hier beweisen, wie ernst es ihnen mit ihren Argumenten - und mit der Demokratie generell - ist!

Zu einigen generellen Einwänden gegen direkt-demokratische Entscheide

Gegen die generelle Einführung des sogenannten Bürger- oder Volksentscheids besteht hier und da Misstrauen. Es wird befürchtet, dass damit Grundrechte zur Disposition gestellt würden oder sogar die Todesstrafe eingeführt werden könnte. Auch wird das Argument vorgebracht, Volksentscheide seien nicht geeignet, über komplexe Sachverhalte zu entscheiden.

Aber stimmen diese Einwände? Auch wenn es im vorliegenden Fall um ein Referendum über die Verfassung und nicht um die allgemeine Einführung des Referendums geht, spielen sie doch auch in der Verfassungsdiskussion eine Rolle und wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen.

Die verfassungsrechtliche Situation in der Bundesrepublik und anderen Ländern ist so, dass die Grundrechte in ihrem Wesensgehalt für Mehrheitsentscheidungen nicht zur Disposition stehen. Das ist gut so, denn die Menschenrechte sind die einzige Basis einer modernen Sozialordnung. Dies gilt aber für parlamentarische Mehrheiten genauso wie für direkte! Das Argument verkennt also die verfassungsrechtliche Situation.

Außerdem: In Deutschland wurden die Grundrechte 1933 nicht etwa durch Volksentscheide abgeschafft, sondern durch das Parlament, das dem Ermächtigungsgesetz zustimmte! Ob wohl die spanische oder die britische Bevölkerung tatsächlich bei einer Entscheidung über den

Irak-Krieg mit Ja gestimmt hätte? Alle Meinungsumfragen sprechen dagegen.

Dass nur Politiker komplexe Sachverhalte beurteilen können und nicht ihre Wähler, von deren mündiger Entscheidung sie doch gerade ihre Legitimation herleiten, ist ein abstruses Argument.

Umfassende Demokratie beinhaltet eben nicht nur die Teilnahme an allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen, sondern auch Ausübung des Initiativ- und Abstimmungsrechtes. Wobei selbstverständlich die „Chancengleichheit der bei Abstimmungen oder Wahlen konkurrierenden Inhalte oder Bewerber“ gewährleistet sein muss. (2)

Eine faire und freie Ausgestaltung der direktdemokratischen Instrumente ist geeignet, einen Missbrauch nicht nur auszuschließen, sondern im Gegenteil, die Demokratie wieder mit Leben zu erfüllen. Das Initiative & Referendum Institute Europe hat im Rahmen eines Monitoring-Projekts der 10 Referenden des letzten Jahres Maßstäbe hierfür entwickelt. Zu ihnen gehört außer einer ausgewogenen Berichterstattung und einer fairen Verteilung von finanziellen Mitteln für die JA- wie für die NEIN-Seite insbesondere auch ein ausreichender Zeitraum für die Debatte!

Information ist die Voraussetzung für Urteilsbildung und damit zur Qualifizierung von Entscheidungen!

Zu einigen speziellen Einwänden

gegen ein Referendum über die EU-Verfassung

Ein mögliches Scheitern der Verfassung gefährde die europäische Einigung, daher sei ein Nein zur Verfassung unverantwortlich und ein Referendum vergrößere dieses Risiko, so ein Einwand, den man manchmal hört.

Darauf ist zu erwidern: Europa darf nicht länger ohne oder gar gegen die Bürger gestaltet werden! Ein Rechtsdokument, das individuelle Menschenrechte, Demokratie, Subsidiarität und Solidarität nicht konsequent zur Richtschnur nimmt, ist auch keine wirkliche europäische Verfassung. Wer sich solchen Einsichten verschließt, gefährdet auf die Dauer auch das Projekt der europäischen Einigung. Dieses wird nicht durch die Gegner des gegenwärtigen Entwurfs gefährdet, sondern durch dessen an vielen Stellen den in der europäischen Geschichte begründeten Idealen von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit widersprechenden Bestimmungen.

Und deshalb gilt auch: „Das mögliche Scheitern ist [...] kein Argument gegen einen Volksentscheid, sondern fordert die Regierungschefs auf, einen Text vorzulegen, der auf die Bedürfnisse der Bürger eingeht. Falls die Menschen dennoch nicht überzeugt werden könnten, läge auch darin eine Chance für die EU. Dann nämlich würden Schwachstellen des europäischen Projektes offenbar. Nur wenn die Probleme sichtbar sind, können sie gelöst werden.“ (3)

Die Forderung nach einem Referendum ist auch nicht, wie manche meinen, Wasser auf die Mühlen der Rechtspoliten. Im Gegenteil: Gerade der Eindruck, dass die EU ein bürgerferner bürokratischer Moloch sei, der die Vielfalt unterdrückt und die Mitwirkung der BürgerInnen nicht zulässt, erzeugt Anfälligkeiten für rechts.

Schwerwiegender sind für uns Argumente von Menschen, die unsere Einschätzung des Entwurfs teilen und gerade deshalb glauben, gegen ein Referendum sein zu müssen. Wenn man ein Referendum über die EU-Verfassung fordere und das Ergebnis ein JA! zur EU-Verfassung sei, legitimiere man eine Politik, die man gerade verhindern wolle. Ein Referendum über die EU-Verfassung sei für Gegner der EU-Verfassung ohnehin nicht zu gewinnen, weil die Bürger zu schlecht informiert seien und man seine Position in der bestehenden Medienlandschaft nicht gebührend darstellen könne.

Ein Referendum würde unseres Erachtens jedoch weit mehr als alle anderen Bemühungen Gelegenheit zur breiten Information und Diskussion bieten. Im schlimmsten Falle kann ein Referendum in Deutschland dazu führen, dass eine EU-Verfassung gegeben wird, die es sowieso gegeben hätte! Das „Risiko“ ist also kalkulierbar. Aber selbst dann würde die Diskussion über den Entwurf in der Bevölkerung aller Voraussicht nach zu einem geschärften Bewusstsein geführt haben. Da das Verhältnis von Verfassungstexten und Verfassungswirklichkeit, im Guten wie im Schlechten, auch eine Frage der politisch-sozialen Kräfteverhältnisse ist, wäre also selbst im Sinne der Kritiker des vorliegenden Verfassungstextes das Referendum nicht vergebens gewesen!

Im übrigen: Selbst unter widrigsten Bedingungen kann ein Referendum gewonnen werden! In Schweden hat die Contra-Seite die Einführung des Euro verhindert, obwohl die Pro-Seite, unterstützt von der schwedischen Regierung, ein Vielfaches an finanziellen Mitteln und ein Mehrfaches an Sendezeit zur Verfügung hatte und alle Register der psychologischen Beeinflussung zog.

Wenn wir die Chance zur Verhinderung dieses Verfassungsentwurfs nicht nutzen, die sich durch ein Referendum bietet, müssen wir wahrscheinlich auf Dekaden mit dem vorliegenden Entwurf als Verfassung leben müssen. Unsere Kritik bleibt/wird unglaublich, wenn wir das Referendum NICHT fordern.

Sagen wir JA zu einem EUROPA der Freiheit, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit! Und sagen wir NEIN zu einer Verfassung der Europäischen Union ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger! Treten sie deshalb ein für ein faires und freies Referendum über die EU-Verfassung in allen beteiligten Staaten, d.h. auch in Deutschland!

Weitere Information unter:

www.mehr-demokratie.de // www.european-referendum.org // www.attac.de/eu-ag // www.eu-verfassung.org // www.imi-online.de // www.attac.de/stuttgart/textarchiv/neoliberales_europa.htm // www.sozialimpulse.de

- 1 Siehe http://mehr-demokratie.de/bu/_pdf/studie_eu-ve.pdf
- 2 Gerald Häfner, Christoph Strawe, Robert Zuegg: Skizze zu einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“, <http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm>
- 3 <http://www.mehr-demokratie.de/bu/ak/europa/argumente.htm>

Warum es schädlich ist, die Forderung nach einem Referendum und die Diskussion über eine EU-Verfassung zu vermischen

CONTRA

Vorbemerkung

Auch wir sind nicht dagegen, dass eine zukünftige Verfassung Europas in Deutschland in Form eines Referendums den von ihr betroffenen Menschen zur Abstimmung vorgelegt wird. Wir sehen aber bei der derzeitigen Konstellation in Deutschland einen Zielkonflikt zwischen der Forderung nach einem Referendum und der Forderung nach einer anderen Politik. Die Mittel, die notwendig wären, um ein Referendum in Deutschland wirklich durchzusetzen, stehen im Widerspruch zu dem, was wir in der gegenwärtigen Situation für notwendig halten. Unsere oberste Priorität bestimmt dabei die Forderung nach einem grundlegenden Richtungswechsel für die Europäische Politik.

Dabei gibt es unserer Ansicht nach gewichtige Gründe, die Frage eines Referendums nicht in den Vordergrund zu stellen. Statt dessen halten wir es in Deutschland derzeit für geboten, die Diskussion um die Inhalte der Europäischen Verfassung und die sie tragenden Akteure in den Vordergrund zu rücken, um langfristig eine bessere Ausgangsposition dafür zu erhalten, Mehrheiten für eine andere Politik in der EU und in Deutschland zu gewinnen.

Vor einem Referendum steht in Deutschland eine hohe Hürde

Bevor ein Referendum in Deutschland durchgeführt werden könnte, müssten in Bundestag und Bundesrat mit 2/3-Mehrheit das Grundgesetz geändert werden. Ein Strategie, die diese Hürde in Deutschland ernsthaft erklimmen möchte, müsste ganz anderen Argumentationslinien folgen als eine Kampagne, die klar die derzeitige EU-Verfassung ablehnt. Deutlich sichtbar wird dies auf den Internetseiten der European-Referendum Campaign und bei Mehr Demokratie, die diese Kampagne in Deutschland zur Zeit federführend koordinieren. Dort wird mit den Partizipationsmöglichkeiten der Bürger argumentiert. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Verfassungsentwurf findet so gut wie nicht statt. Dies wäre auch kontraproduktiv, weil man damit die Unterstützung derjenigen Kräfte für seine Forderung verliert, die für die EU-Verfassung sind. Dazu gehört z.B. die Bundestagsfraktion der FDP und bis vor einiger Zeit auch der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber. Eine Kampagne, die ernsthaft an einer 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat interessiert ist, müsste auf diese Kräfte Rücksicht nehmen, sonst verbaut sie sich ihre eigenen Erfolgsaussichten.

Etwas günstiger sieht es hingegen für eine Kampagne aus, die die EU-Verfassung direkt ablehnt. Da für die Annahme des EU-Verfassungsvertrags auch das Grundgesetz geändert werden muss, würde eine Ablehnung im Bundestag von 1/3 der Abgeordneten + 1 ausreichen, um den EU-Verfassungsentwurf zu Fall zu bringen. Sollte es wider Erwarten doch noch zu einem Referendum kommen, könnte durch diese Kampagne bereits eine gute Startposition zur Beeinflussung des Ausgangs eines Referendums geschaffen werden.

Eine Kampagne gegen die EU-Verfassung sollte in eine Langfriststrategie zur Änderung der Kräfteverhältnisse in der EU eingebunden sein

Zugegebenermaßen sind die Erfolgsaussichten einer solchen Kampagne auch sehr gering. Deshalb ist es unserer Ansicht nach erforderlich, die Kampagne gegen die EU-Verfassung in eine langfristige Strategie einzubinden. Dies kann nur geschehen, wenn eine klare inhaltliche Auseinandersetzung mit europäischer Politik im Vordergrund steht, die auch die einzelnen Akteure und Interessen dabei klar benennt. Dabei wird man auch an der Erkenntnis nicht vorbei kommen, dass zu den treibenden Kräfte der von uns kritisierten Politik immer auch die in Bundestag und Bundesrat vertretene neoliberale Allparteienkoalition gehörte, unabhängig davon, welche der ihr angehörenden Parteien gerade die Regierung stellten. Dafür gibt es jede Menge Beispiele:

- Die voranschreitende Militarisierung der EU wurde immer wieder von deutschen Regierungen massiv vorangetrieben.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde vor allem auf Druck der deutschen Bundesregierung in den EU-Vertrag geschrieben.
- Durch die Verhandlungspositionen der EU in der WTO profitiert vor allem die Industrie des Exportweltmeisters Deutschlands.
- Auch die EU-Osterweiterung in ihrer jetzigen Form, auf die die EU ja durch die Verfassung besser vorbereitet werden soll, trägt sehr deutlich die Handschrift deutscher Bundesregierungen und Konzerninteressen.

Statt eine Kampagne zu führen, bei der es erst mal darum gehen müsste, von genau denjenigen Kräften, die diese Politik zu verantworten haben, eine 2/3-Mehrheit für die Durchführung eines Referendums zu gewinnen, sollten wir uns darauf konzentrieren, diesen Kräften die Unterstützung für diese Politik zu entziehen. Eine derart gelagerte Kampa-

gne dürfte aber das Erreichen einer verfassungsändernden Mehrheit bei der derzeitigen Zusammensetzung des Bundestags eher unwahrscheinlicher machen.

Die Diskussion über die EU-Verfassung muss in einen breiteren Kontext gestellt werden

Für einen grundlegenden Wechsel der Politik in der EU reicht es unserer Ansicht nach auch nicht aus, sich nur auf den Verfassungsentwurf zu beschränken. In vielem ist der Verfassungsentwurf ein Spiegelbild der Machtverhältnisse und Politiken, wie sie derzeit die EU prägen. Eine Kampagne, die sich nur auf die EU-Verfassung beschränkt, ohne sie in einen breiteren Kontext zu stellen, läuft daher Gefahr, Spiegelfechtereien zu betreiben und sich den Blick auf Entwicklungen und Eingriffsmöglichkeiten zu verstellen, um die Herrschaftsverhältnisse in der EU grundlegender in Frage zu stellen. Viele der von uns kritisierten Regelungen sind entweder schon seit langem in Kraft (und würden somit auch nach der Ablehnung des Verfassungsentwurfs auch weiterhin ihre Gültigkeit behalten) oder brechen sich gerade außerhalb einer verfassungstechnischen Regelungen ihre Bahn.

Beispiele dafür sind:

- Die Militarisierung der EU, die nicht zu letzt auf deutschen Druck z.B. mit dem Pralinengipfel letztes Jahr in Brüssel und der Drohung eines Kerneuropas bei Ablehnung der Verfassung durch einzelne Mitgliedsstaaten neuen Schwung bekommen hat; wichtige Weichenstellungen wurden dazu bereits auf dem Pralinengipfel in Brüssel vorgenommen, ohne dass die Öffentlichkeit von dieser Entwicklung bereits groß Notiz genommen hat.
- Die Festlegung der EU auf eine offene Marktwirtschaft mit starkem Wettbewerb und der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der ein wesentlicher Motor für den in der ganzen Welt stattfindenden Sozialabbau ist, ist seit vielen Jahren fester Bestandteil der EU-Verträge. Durch den neuen Verfassungsentwurf würden diese Regelungen sogar in der Tendenz eher abgemildert, freilich ohne, dass sie ihre grundsätzliche Wirksamkeit verlieren. So ist erstmals auch von einer sozialen Marktwirtschaft die Rede und die rigiden Obergrenzen für die Inflation und die Staatsverschuldung werden nicht mehr in der EU-Verfassung stehen, sondern in einem Extra-Protokoll, was sie leichter änderbar machen würde.
- Die Schaffung eines neuen, noch restriktiveren Flüchtlings(un-)recht wird in der EU vor allem auf der Ebene der Richtlinien, also unterhalb der häufig im Rampenlicht stehenden Verfassungsdiskussion durchgesetzt. Dabei setzt sich die deutsche Bundesregierung dafür ein, die unhumanen Regelungen des deutschen Asylrechts auch auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten auszuweiten. Alle Länder rund um die EU sollen dadurch zu sicheren Drittstaaten erklärt werden, in die Flüchtlinge, die in die EU kommen, dann wieder zurückzuschicken wären.

Eine langfristig angelegte Kampagne sollte daher die höhere Aufmerksamkeit, die die EU und die Europapolitik auf Grund der Verfassungsdebatte haben, dafür nutzen, auch den Blick auf diese Entwicklungen zu lenken. Auch dabei gilt es, die dahinter stehenden Akteure klar zu benennen, was deren Zustimmung für eine 2/3-Mehrheit zur Abhaltung eines Referendums eher unwahrscheinlich machen würde.

Statt eines breiten Bündnisses von ReferendumsbefürworterInnen wollen wir ein breites Bündnis der Kräfte für eine andere, sozialere, gerechtere, friedlichere EU-Politik

Auf Grund der hohen Hürden für ein Referendum in Deutschland kann sich ein Bündnis für ein Referendum,

das seine Forderung tatsächlich durchsetzen möchte, nicht vor der Aufgabe verschließen, auch bei den Kräften um Unterstützung zu werben, die Positionen vertreten, die von denen Attacs weit entfernt bzw. ihnen sogar diametral gegenüberstehen. Beispiele dafür sind ein Beitrag eines Pressesprechers von Mehr Demokratie am 8. September 2000 in der rechten Wochenzeitung Jungen Freiheit zum Thema „Volksentscheid über die EU-Osterweiterung“ und die Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft Selbstständige Unternehmer (ASU) bei Mehr Demokratie, die auf ihrer Internetseite dazu auffordert, die Zusammenarbeit mit Mehr Demokratie zu suchen, um die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen in finanzschwachen Kommunen per Referendum durchzusetzen. Wir sehen in einem Bündnis, dessen oberste Priorität es ist, im Bundestag mit seinen derzeitigen Machtverhältnissen eine 2/3-Mehrheit für ein Referendum durchzusetzen, keine Zukunftsperspektive für Attac.

Statt dessen schlagen wir den Aufbau eines breiten Bündnisses vor, dass sich der herrschenden Politik in dieser EU widersetzt, unabhängig von der Frage, ob sich die daran beteiligten Kräfte auch für ein Referendum einsetzen wollen oder nicht. Der Aufbau eines solchen Bündnisses hätte eine klare inhaltliche Orientierung, weist auch über den Zeitpunkt einer möglicherweise nicht zu verhindernden Verabschiedung der geplanten Verfassung hinaus und würde daher eher gewährleisten, dass Attac mit Bündnispartnern in einem Boot sitzt, die ähnliche Forderungen haben wie wir.

Unsere Alternative

Eine erste mögliche Aktion eines solchen Bündnisses könnte z.B. eine Kampagne „Nicht in unserem Namen“ sein, in dem möglichst viele Menschen dazu aufgefordert werden, öffentlich der Verabschiedung der EU-Verfassung durch den Bundestag zu widersprechen. Eine derartige Kampagne könnte nicht nur unsere inhaltliche Kritik entsprechend transportieren, sondern auch ein Zeichen an Bündnispartner in anderen EU-Staaten senden, in denen Referenden über den Verfassungsentwurf abgehalten werden, ohne dass die Parlamente vorher mit einer 2/3-Mehrheit dafür die Gesetze ändern müssen. Zugleich kann sie Sand ins Getriebe einer deutschen EU-Politik streuen, die ihre Macht in die Waagschale werfen wird, um mit Drohungen bezüglich der bald beginnenden EU-Haushaltsverhandlungen oder des Kerneuropakonzpts die Entscheidungen in anderen EU-Staaten zu Gunsten einer Verabschiedung des Verfassungsentwurfs zu beeinflussen.

Für ein solches Bündnis gilt es dann, durch eine klar an Inhalten orientierte Öffentlichkeitsarbeit wachsende Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Dies wäre auch die Grundvoraussetzung dafür, dass irgendwann andere Partner mit ins Boot kommen, die vielen Aspekten der derzeitigen Europapolitik ebenfalls kritisch gegenüberstehen, auf Grund der derzeitigen Kräfteverhältnisse im Schließen schwacher Kompromisse aber größere Erfolgsaussichten sehen. Die Beweglichkeit, die z.B. der DGB bezüglich seiner Haltung zur Agenda 2010 nach den Protesten vom 1. November letzten Jahres zu zeigen beginnt, könnten hier den Weg weisen.

Unsere Haltung zu Referenden

Auf wir glauben, dass Referenden einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, zentrale Forderungen von Attac in eine bereitere Öffentlichkeit zu transportieren und durchzusetzen. Die Referenden, mit denen die Privatisierung kommunaler Einrichtungen verhindert werden konnten, sind dafür beispielhaft. Wir halten es allerdings für gefährlich, wenn in Referenden ein alleiniges Allheilmittel für demokratische Mitbestimmung gesehen wird. Dazu sind unserer Meinung nach vorher mindestens zwei wichtige Fragen zu klären:

1. Wann sind Fragen überhaupt referendumsfähig? Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, dass es für jeden Menschen unveräußerliche Menschenrechte gibt, die ihm auch durch ein erfolgreich durchgeführtes Referendum nicht genommen werden dürfen. Zum anderen muss verhindert werden, dass mit Referenden eine Spielwiese geschaffen wird, mit der nur eine Akzeptanz für die herrschende Politik geschaffen werden soll. Ein Beispiel dafür wäre die direkte Beteiligung bei der Planung der Ausgaben der Kommunen ohne gleichzeitig das Recht, auch auf der Einnahmenseite entsprechend mitzubestimmen.
2. Während der Abhaltung von Referenden muss eine faire Möglichkeit für alle bestehen, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Wie sehen dafür konkret die zu schaffenden Rahmenbedingungen aus in einer Gesellschaft, in der die Massenmedien vor allem von kommerziellen Gewinninteressen bestimmt sind und viele Menschen nur über sehr geringe Ressourcen verfügen, ihre Interessen zu artikulieren?

Zu diesen Punkten hat es bisher in Attac noch keine breite Diskussion gegeben. Hierzu sollten aber klare Vorstellungen existieren, bevor sich Attac an Bündnissen beteiligt, die auch auf den politischen Ebenen Veränderungen fordern, für die es immerhin einer Grundgesetzänderung bedarf, um sie zu ermöglichen.

**Stephan Lindner,
Klaus Schilder**

Alternatives Wirtschaftsforum in Warschau 28. – 30. April 04 und Demo am 29.04.

Kurz vor dem Beitritt zur Europäischen Union (demonstrativ geplant am 1. Mai um die Bedeutung dieses Feiertages zu ändern), kommt der Europäische Wirtschaftsgipfel (der aufgrund der geplanten Proteste in Dublin abgesagt wurde) nach Warschau.

Zu diesem Anlass wollen wir den Gipfel nicht nur mit Protest, sondern auch mit Kritik und alternativen Visionen begrüßen. Dafür rufen wir zur Teilnahme an einem alternativen Wirtschaftsforum auf. Das Forum wird offen sein und es ist unsere Absicht sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die Gemeinschaft der AktivistInnen anzusprechen. Das Forum wird hauptsächlich aus zwei Arten von Events bestehen: Vorlesungen oder Präsentationen und Diskussionen/Workshops. andere Veranstaltungen mögen dabei sein aber Hauptaufmerksamkeit soll darauf gerichtet sein, eine Kritik der derzeitigen ökonomischen Trends und Praktiken zu entwickeln und ihnen radikale Alternativen gegenüber zu stellen. Außerdem sollen zumindest einige der auf dem

Gipfel diskutierten Inhalte thematisiert werden. Hiermit wollen wir Organisationen und Individuen dazu einladen diese Initiative zu unterstützen durch :

a. Weitergabe der Informationen an Interessierte

b. Organisieren von Gesprächen oder anderen Events
Vorschläge für Events bitte mit kurzer Zusammenfassung.

die Sprache der Präsentation kann verhandelt werden. Zusammenfassungen sollten enthalten: Thema, Form der Veranstaltung, Name der SprecherInnen oder Organisatoren, benötigte Zeit und Raum und Sprache. Vorschläge und Anfragen bitte an: cube@zigzag.pl

Weitere Informationen:

www.antyszcztyt.w.pl, www.wa29.org, www.pl.indymedia.org,

Kontakt:

info@wa.29.org,

accommodation@wa29.org,

translation@wa.29.org

Aufruf des DGB zum 1. Mai 2004

Unser Europa frei gleich gerecht

Europa wächst zusammen. Wir Gewerkschaften begrüßen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Gemeinsam wollen wir ein soziales Europa der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gestalten. Viele Menschen haben berechtigte Sorgen angesichts einer anhaltenden Wirtschaftskrise und fortdauernder Massenarbeitslosigkeit. Statt in die Zukunft zu investieren, reagieren marktradikale Politiker und Unternehmer überall mit Sozialabbau und kündigen weitere, noch tiefere Einschnitte an. Immer mehr Menschen werden bei steigenden Belastungen von einem Leben in Würde ausgegrenzt. Arbeitgeber drohen erneut offen mit Verlegung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer, wenn Löhne nicht weiter gesenkt und Arbeitnehmerrechte abgebaut werden. Viele Unternehmen sehen im Zusammenwachsen Europas einen Vorwand, um soziale und ökologische Dumping-Wettläufe zu rechtfertigen.

Wir sind uns mit den europäischen Gewerkschaften einig. Dumping-Wettläufe schaden den Menschen und sind kein Weg in eine gute Zukunft Europas. Wirtschaftswachstum, neue Arbeit und Wohlstand schafft man nicht mit immer neuen Anpassungen an unrealistische Gewinnerwartungen der Konzerne, mit immer höheren Profiten für Wenige und sozialen Verwüstungen für Viele.

Europa, so wie wir es wollen, setzt auf eine aktive, an qualitativen Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit orientierte Politik. Existenzsichernde Arbeit, soziale Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität für alle sind Hauptziele und nicht Nebenprodukte von Politik.

Europa, so wie wir es wollen, gleicht die Lebensbedingungen der Menschen Schritt für Schritt auf hohem Niveau an, schafft mehr und humane Arbeitsplätze, stärkt die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sichert Bildung für alle und fördert lebensbegleitendes Lernen, bietet soziale Sicherung in einer gesunden Umwelt, sorgt für Chancengleichheit der Geschlechter, bekämpft Diskriminierung und garantiert die Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowie Mitbestimmung und Tarifautonomie in ganz Europa.

Europa, so wie wir es wollen, bietet allen Menschen gleiche Chancen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ohne die Lebensperspektiven der Menschen in anderen Teilen der Welt zu beschneiden. Das setzt eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit voraus. Nur sie kann dafür sorgen, dass Freiheit und Gleichheit in Europa wachsen. Nur ein gemeinsames Europa ist die Garantie dafür, dass unser Kontinent von weiteren Kriegen verschont bleibt. Auf dem Fundament einer stabilen Demokratie und einer sozialen Wirtschaftsordnung lässt sich Globalisierung mit menschlichem Antlitz gestalten.

***Darum sagen wir
Gewerkschaften an diesem 1. Mai:
Unser Europa frei gleich gerecht***

4.-6. Juni 2004

„Europa von unten“

Große Open-Space Konferenz von GewerkschafterInnen, GlobalisierungskritikerInnen, und AktivistInnen aus der Friedens- und Umweltbewegung zu Europa

Ziel

Austausch, Vernetzung und Neugründung von Arbeitszusammenhängen, die sich in ihrer jeweiligen Arbeit kritisch mit der Rolle der EU auseinandersetzen.

Zeit und Ort

4. bis 6. Juni 2004 im Umweltforum Berlin, eine Woche vor der Europawahl

Bisherige Unterstützer

Attac, BUND, DGB-Bildungswerk, DGB-Jugend, DNR, Euromärsche, GEW, IG-Metall, IG-Metall-Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen, Kairos Europa, Naturfreunde, Otto-Brenner Stiftung, ver.di, Informationsstelle Militarisierung, Pro Asyl;

Programm

Freitag 19:00 Uhr

Podiumsdiskussion:

Europas Zukunft, wer stellt die Weichen?

Wo liegen die Perspektiven von unten für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa?

Es diskutieren: Ortrun Gauper (ver.di, angefragt), Nika Greger (DNR), Jörg Huffschmid (wiss. Beirat attac) und Uwe Reinecke (Informationsstelle Militarisierung).

Samstag 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Arbeit im Open-Space Verfahren.

Anders als bei herkömmlichen Kongressen gibt es keinen Frontalunterricht, sondern die Teilnehmenden stehen im Mittelpunkt. Ihre Anliegen bestimmen das Programm. Auf Grundlage ihrer Themenvorschläge werden Arbeitsgruppen gebildet. Als Thema ist alles möglich, was einen Bezug zur EU hat. Ob Diskussionen zu strittigen Forderungen und Strategien, Planungen konkreter Aktionen oder die klassische Vermittlung von Bildung in Workshops, alles ist möglich: Neben dem Themenbezug zur EU ist die einzige Grenze das Interesse der Teilnehmenden.

Sonntag 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Handlungsplanung:

Treffen konkreter Verabredungen zur weiteren Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmenden und darüber hinaus.

Im September findet ein halbtägiges Nachtreffen statt.

Weitere Informationen und Anmeldung:

<http://www.europa-von-unten.org>

Anmeldeschluss ist der 29. Mai 2004

Der Teilnahmebeitrag beträgt 20,00€, für Gering- oder Nichtverdiener 15,00€

Kontakt

Europa von unten
z.H. Stephan Lindner
Torstr. 154
10115 Berlin
Tel.: +49-(0)30-280 418 11

Open-Space – was ist das eigentlich?

- Zu Beginn der Veranstaltung entscheiden die Anwesenden selbst, woran gearbeitet wird.
- Es gibt keine vorgegebene, von anderen entwickelte Tagesordnung. Die Anwesenden selbst entwickeln ihre Tagesordnung und die Vorgehensweise im Rahmen des Gesamtthemas.
- Moderiert, geleitet, entschieden, priorisiert und inhaltlich gefüllt wird von den Teilnehmenden selbst.
- Bearbeitet wird nur das, was wirklich dran ist.
- Gearbeitet wird in Arbeitsgruppen, deren Größe, Zusammensetzung, Arbeitsweise und Dauer die TeilnehmerInnen selbst bestimmen.
- Arbeitsergebnisse und Verabredungen aus den Arbeitsgruppen werden laufend protokolliert und sofort allen anderen zur Verfügung gestellt.
- Aus den Arbeitsergebnissen entsteht eine Dokumentation, die alle vor Schluss der Veranstaltung in die Hand bekommen.
- Um sich wirksam einzubringen und zu profitieren, ist die Anwesenheit über den ganzen Zeitraum erforderlich.
- Am Ende der Veranstaltung findet eine Handlungsplanung statt, bei der weitere Aktivitäten verabredet werden.
- Drei Monate nach der Konferenz gibt es ein Nachbereitungstreffen, um weitere Schritte zu planen.
- Mit Überraschungen und Spaß an der Arbeit ist zu rechnen.